

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften  
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)



**gtz** Partner für Perspektiven.  
Weltweit.

# **Die Zukunft des Maghreb: Trends in Sicherheit und Entwicklung in Marokko, Algerien und Tunesien**

**Annabelle Houdret  
in Zusammenarbeit mit  
Dr. Uwe Kiewelitz und Marielle Mumenthaler**

**Juli 2008**

## Inhaltsverzeichnis

Abstract .....	3
Vorwort .....	4
Einleitung .....	5
1. Die politischen Systeme zwischen sozialen Unruhen, Liberalisierung und „Fassadendemokratie“ .....	6
1.1 Trendbox A: Die Entwicklung der politischen Systeme .....	11
2. Die staatliche Politik vor neuen Herausforderungen: Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit und mangelnde Infrastruktur.....	11
2.1 Trendbox B: Die Herausforderungen an die Infrastruktur und den Arbeitsmarkt .....	15
3. Die Trends in der Wirtschaft: Erhebliche Veränderungen der Strukturen von Produktion, Handel und Arbeitsmärkten durch die Liberalisierung .....	15
3.1 Trendbox C: Die Trends in der wirtschaftlichen Entwicklung .....	21
4. Die Auswirkungen des Klimawandels: Verknappung der Boden- und Wasserressourcen und sinkende Produktivität der Landwirtschaft .....	21
4.1 Trendbox D: Die Auswirkungen des Klimawandels.....	24
5. Die Herausforderung der Machthaber durch religiöse Gruppen .....	25
5.1 Trendbox E: Der Einfluss religiöser Gruppen.....	28
6. Die Verstärkung der Migration: Der Maghreb als Ursprungs- und Transitregion.....	29
6.1 Trendbox F: Die zunehmende Migration .....	33
7. Regionale Kooperation: Neue Perspektiven durch gemeinsame Herausforderungen und Bewegung in der Sahara-Frage? .....	34
7.1 Trendbox G: Perspektiven regionaler Kooperation .....	38
8. Die Trends und ihre gegenseitige Beeinflussung im Überblick.....	39
Schaubild: Die Interdependenz der Entwicklungen im Maghreb bis zum Jahr 2020 .....	41
9. Fazit.....	42
Literaturverzeichnis.....	43
Abkürzungsverzeichnis .....	49

### **Abstract (deutsch)**

Die Studie analysiert die wesentlichen entwicklungs- und sicherheitspolitischen Trends bis zum Jahre 2020 in den drei nordafrikanischen Ländern. Angesichts der verbreiteten Arbeitslosigkeit vor allem unter Jugendlichen, des Bevölkerungswachstums und der rapiden Urbanisierung stehen die drei sehr unterschiedlichen politischen Systeme vor ähnlichen Herausforderungen. Die soziale Ungleichheit droht sich durch die Auswirkungen der Freihandelsabkommen, die massive Gefährdung der Landwirtschaft durch Wasserknappheit und Klimawandel sowie durch die steigenden Preise für Nahrungsmittel und Energie weiter zu verschärfen. Wie gehen die Bevölkerung und die Machthaber mit diesen schwierigen Lebensbedingungen um? Bietet die politische Liberalisierung in Marokko und teilweise in Algerien die Chance, Oppositionspotentiale in zivilgesellschaftliche Bewegungen und politische Parteien zu lenken? Oder werden religiöse Gruppierungen angesichts der enttäuschten Erwartungen an häufig korrupte Parteipolitik zur einzigen glaubwürdigen Alternative? Neben diesen innenpolitischen Herausforderungen der drei Länder analysiert die Studie auch regionale Aspekte wie die Chancen und Risiken des Maghreb als Ursprungs- und Transitregion der sich weiter verstärkenden Migration nach Europa. Weiter eruiert sie die Perspektiven regionaler Kooperation trotz des weiterhin ungeklärten Status der Westsahara-Gebiete und ergründet länderübergreifende Interessen in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur und Terrorismusbekämpfung. Die Studie arbeitet auf der Grundlage internationaler Statistiken und qualitativer Analysen die entwicklungspolitischen Perspektiven der Region heraus und zeigt, dass es für die kooperative Gestaltung der Herausforderungen vor allem auf den sensiblen Umgang der Machthaber mit denjenigen Gruppen ankommt, die von den aktuellen Trends (weiter) benachteiligt werden. Die gegenseitige Beeinflussung der Entwicklungen in den unterschiedlichen Bereichen wird abschließend zu einem Gesamtbild gefügt, welches den politischen Handlungsspielraum verdeutlicht.

### **Abstract (english)**

The present study analyses the crucial issues these three North African countries face until the year 2020. Given the high rate of unemployment especially among young people, the population growth and the rapid urbanisation, their three very different political systems face similar challenges. The probable impacts of the free-trade agreements, increasing water scarcity and the effects of climate change threatening the agricultural sector, as well as the increasing prices for food and energy menace to further increase social inequality. How does the population and how do the governments deal with these difficulties? Does political liberalisation as we observe it in Morocco and partly in Algeria allow to channel opposition movements into civil society organisations and political parties? Or do religious groups become the only credible alternative to the often corrupt political parties? Besides these domestic challenges, the study analyses regional issues such as possible chances and risks linked to the increasing migration from and through the Maghreb to Europe. Furthermore, the study investigates the perspectives for enhanced regional cooperation in the fields of economy, infrastructure and the fight against terrorism despite of the still unresolved question of the Western Sahara territories. Based on international data and qualitative analyses, the publication exposes the key developmental trends within the region and points to the fact that a cooperative evolution in the near future will crucially depend on sensitive policies especially regarding those groups who are (further) marginalised by the current tendencies. Finally, it resumes the interaction between the different developments and highlights the political scope of action.

### **Bibliographische Angabe:**

Annabelle Houdret mit Uwe Kievelitz, Marielle Mumenthaler (2008): Die Zukunft des Maghreb: Trends in Sicherheit und Entwicklung in Marokko, Algerien und Tunesien. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen, Juli 2008.

**Download URL:** [http://inef.uni-due.de/page/documents/Houdret\\_Maghreb.pdf](http://inef.uni-due.de/page/documents/Houdret_Maghreb.pdf)

## **Vorwort**

Die vorliegende Studie entstand aus einer Kooperation zwischen dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) als einem der wichtigsten deutschen Forschungszentren an der Schnittstelle von Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit und der GTZ als Bundesunternehmen für internationale Zusammenarbeit, welches sich in den vergangenen Jahren aufgrund zentraler Fragestellungen von Frieden und Sicherheit zunehmend mit diesen Themen auseinandersetzt. Zur Frage der möglichen Zusammenarbeit zwischen der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBW) und der GTZ veranstalteten beide Institutionen einen „Zukunftsworkshop“ am Beispiel des Maghreb. Für diese Möglichkeit des offenen Austausches und der zukunftsweisenden Zusammenarbeit möchten INEF und GTZ der FüAkBW herzlich danken.

Im Rahmen dieser Veranstaltung ging es vor allem um eine offene Reflexion der Frage, welche entwicklungs- und sicherheitspolitischen Interessen sich jeweils aus Sicht von GTZ und FüAkBW in einer Region stellen, die weniger im unmittelbaren tagespolitischen Blickfeld steht als Zentralasien, die Region der Großen Seen oder das Horn von Afrika, sondern in der sich langfristig wichtige Aufgabenstellungen sowohl für eine zukunftsorientierte Sicherheitspolitik wie Entwicklungszusammenarbeit ableiten lassen. Hierfür bot sich der Maghreb als eine Region an, die für Europa eine wesentliche Bedeutung hat und in der sich mittel- bis langfristig erhebliche Veränderungen und Herausforderungen erwarten lassen.

Das Resultat der entwicklungspolitischen Perspektive auf den Maghreb ist diese Studie, die von einer Regionalexpertin von INEF in enger Zusammenarbeit mit KollegInnen aus der GTZ erstellt wurde. Mit Hilfe von „strategischen forecasts“, umfangreichem Zahlenmaterial für die empirischen Variablen und der Hinzuziehung vieler Studien und Expertenmeinungen für die qualitativen Variablen wurden Trends in einer Vielzahl von Feldern ausgearbeitet, die am Schluss in ein Gesamtbild gefügt wurden. Bei aller Variabilität, die solchen gesellschaftspolitischen Zukunftsbildern innewohnt, zeichnen sich aus dieser Studie sehr deutliche Handlungsfelder ab, die für die mittelfristige Politikgestaltung sowohl aus entwicklungs- wie sicherheitspolitischer Perspektive von Bedeutung sein dürften.

## Einleitung

Der „Maghreb“, arabisch für „Westen“ ist geographisch und in vieler Hinsicht auch kulturell der westlichste Punkt der arabischen Zivilisation. Nach der fünf Jahrhunderte dauernden Herrschaft der Römischen Reiche hatte die moslemische Eroberung Nordafrikas im späten 7. Jahrhundert eine Islamisierung und teilweise Arabisierung der berberstämmigen Bevölkerung zur Folge. Im 19. Jahrhundert verursachte der Kolonialismus vor allem Frankreichs, Spaniens und Italiens erneut einen Bruch mit den etablierten kulturellen, sprachlichen und politischen Gegebenheiten der Bevölkerung, der insbesondere in Algerien die nationale Identität teilweise gewaltsam veränderte. Neben der moslemischen Mehrheit der Bevölkerung sind im Maghreb jüdische und christliche Minderheiten fester Bestandteil der Gesellschaften, denen auch im Koran ein rechtlicher Sonderstatus eingeräumt wird. Der Maghreb zeichnet sich heute weiterhin durch seine Diversität aus: Als kulturelles Bindeglied zwischen der arabischen und der europäischen Welt, über Handel und Migration eng mit dieser verbunden und gleichzeitig Tor zu den Ländern Afrikas südlich der Sahara sind diese Länder vielfältigen Einflüssen ausgesetzt, die sich landes- und lokalspezifisch unterschiedlich äußern.

Die Studie gibt einen Überblick über die zentralen Entwicklungen in den drei französischsprachigen Kernländern des Maghreb, Tunesien, Algerien und Marokko. In allen drei Ländern herrschen heute gefestigte politische Systeme vor, die jedoch durch wirtschaftliche, religiöse und ökologische Entwicklungen herausgefordert werden. Im Umgang mit den Interessensgruppen zeichnen sich sowohl weiterhin repressive Strategien ab, als auch eine größere Öffnung der politischen Arena mit einer verstärkten Beteiligung moderater religiöser Parteien und Oppositionsgruppen. Ob sich diese Tendenzen in den kommenden 15 Jahren eher kooperativ im Sinne einer stärkeren politischen Partizipation und ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit entwickeln werden oder ob die autoritäre Unterdrückung auch im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus die Oberhand bekommt, hängt wesentlich von der Reaktion der Machthaber auf die internen und externen Herausforderungen ab. Neben den zivilgesellschaftlichen und religiösen Oppositionsgruppen analysiert die Studie daher vor allem die Rahmenbedingungen der Entwicklungen, wie die Gestaltung des politischen Systems, die Veränderungen in der Wirtschaft durch die Liberalisierung und die ökologische Degradation durch Wasserknappheit und die Auswirkungen des Klimawandels.

Zur Untersuchung der zentralen Antriebskräfte von Veränderungen im Maghreb in den kommenden 15 Jahren wurden drei Arten von Quellen ausgewertet: regionalspezifische Publikationen relevanter deutscher, anglophoner und frankophoner Forschungsinstitute sowie internationaler Organisationen, tagespolitische Berichte aus Lokalzeitungen, sowie Gespräche mit Professoren, Forschern und Vertretern der Zivilgesellschaft der drei Länder. Bei der Frage nach der künftigen Stabilität der politischen Systeme werden innenpolitische Entwicklungen in den Vordergrund gestellt, relevante grenzüberschreitende Phänomene wie die Migration oder die multilateralen Beziehungen jedoch ebenfalls mit einbezogen. Um den landesspezifischen Kontext bei der Formulierung von Entwicklungswahrscheinlichkeiten angemessen zu berücksichtigen, werden Aussagen zu regionalen Entwicklungen hauptsächlich hinsichtlich der gemeinsamen Herausforderungen formuliert. Die möglichen Reaktionen von Politik und Gesellschaft auf diese Trends hingegen werden dann in den meisten Fällen landesspezifisch analysiert.

## 1. Die politischen Systeme zwischen sozialen Unruhen, Liberalisierung und „Fassaden-demokratie“

Die drei Maghrebländer sind von unterschiedlichen politischen Systemen geprägt: Teildemokratien unter der Dominanz des Königs in Marokko und der Allianz aus Generälen und Präsidenten in Algerien, eine Autokratie unter Präsidentenherrschaft in Tunesien. Sie sehen sich jedoch alle drei heute ähnlichen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenüber, die eine neue Begründung ihrer Legitimität notwendig machen.<sup>1</sup> Die grundsätzliche Frage nach einer verstärkten Öffnung der politischen Systeme ist nicht nur eine Forderung der oppositionellen Gruppen, sondern stellt sich den drei Machthabern auch im Sinne ihrer langfristigen Herrschaftsstabilisierung. Die künftige Entwicklung in dieser Hinsicht wird von mehreren Trends abhängen, die im Folgenden erläutert werden.

### *Die Veränderung der Elitenstruktur und der Partizipation sozialer Gruppen an den Verteilungsgewinnen erhöhen den politischen Druck auf die Machthaber*

Alle drei Staatsoberhäupter des Maghreb haben ihre Legitimität lange Zeit wesentlich über den Ausbau der Staatsapparate, die Kontrolle der Eliten und den Klientelismus innerhalb dieser Netzwerke gesichert. Im Zentrum stehen dabei Führungspersönlichkeiten, die ihre Rolle als zentraler Entscheidungsträger und Stabilitätsgarant innen- und außenpolitisch oft erfolgreich inszenieren. In allen drei Ländern spielt die Nähe der Elite zu erfolgreichen Unternehmen und Wirtschaftszweigen eine wachsende Rolle. In Marokko sind die regimetreuen Kreise von einer technokratischen Elite, ausgesuchten Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft und, in zunehmendem Maße, wirtschaftlichen Führungskräften geprägt. Alle Teilhabenden am sog. „Makhzen“<sup>2</sup> weisen eine familienbedingte oder politisch-wirtschaftliche Nähe zum Königshaus des Mohammed VI auf. Die algerische Elite um Präsident Bouteflika besteht aus einer undurchsichtigen Allianz von militärischen und politischen Persönlichkeiten, die sich gewinnbringende Wirtschaftszweige wie den Export von Rohstoffen untereinander aufgeteilt haben.<sup>3</sup> Auch in Tunesien sichert sich Präsident Ben Ali die Loyalität seiner Elite vor allem durch enge Verknüpfungen mit rentablen Wirtschaftssektoren; dem Präsidenten nahe Stehende werden ebenso bei Investitionen in den lukrativen Tourismussektor wie bei der Privatisierung staatlicher Unternehmen bevorzugt.<sup>4</sup>

Die Regierungen aller drei Länder werden heute trotz dieser etablierten Elitenstrukturen durch die Auswirkungen der Wirtschaftsliberalisierung und die damit einhergehende stärkere soziale Differenzierung sowie durch islamistische Gruppen, die sich soziale Unzufriedenheit zu Nutze machen, herausgefordert. Eine verstärkte politische Öffnung wird auch dadurch bestimmt werden, welche Gruppierungen innerhalb der Regierungen die Oberhand bekommen bzw. entsprechende Allianzen bilden können. Die mittelfristige Bedrohung der innenpolitischen Stabilität und in gewissem Maße auch des politischen Systems selbst hängt daher auch von der Veränderung der Elitenstruktur ab. Denn konnten die Regime der drei Länder ihre Gefolgschaft lange Zeit auch mit Hilfe der öffentlichen Budgets bevorzugt behandeln, so reduziert sich dieser Handlungsspielraum heute, so dass regierungstreue Kreise mit weniger oder mit anderen Mitteln für ihre Loyalität kompensiert werden müssen. Nun benachteiligte (ehemalige) Eliten könnten sich daher ebenso wie Islamisten die Unzufriedenheit verstärkt marginalisierter Bevölkerungsgruppen zunutze machen und versuchen, materielle Kompensation oder verstärkten politischen Einfluss auszuhandeln.

---

<sup>1</sup> Für eine ausführliche Analyse der Situation in Marokko vgl. auch Houdret 2008.

<sup>2</sup> „Makhzen“ ursprünglich die Schatzkammer des Sultans, heute Begriff für die marokkanische königsnahe Elite.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu auch ICG 2001.

<sup>4</sup> Vgl. Hibou 2006.

## ***Überwindung der „Fassadendemokratie“ in Marokko und Algerien kann die Gesellschaften langfristig stabilisieren, anhaltende Repression in Tunesien stärkt gewaltbereite Islamisten***

In den 1960er und 1970er Jahren war die Legitimierung der Maghreb-Regierungen im Wesentlichen auf die postkoloniale Zeit zurückzuführen. Sie mobilisierten vor allem die Themen des Nationalismus, der nationalen Souveränität und der militärischen Sicherheit. In den achtziger Jahren kam es, unter anderem auch durch die Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme, zu einem starken Legitimationsverlust der politischen Führungen, von dem auch die etablierten Parteien stark betroffen waren. Die Machthaber aller drei Staaten haben in den 1990er Jahren ihre Regierungen geöffnet und so über die Integration der Opposition Übergangsweise eine gewisse politische Stabilität erreicht.<sup>5</sup> Dies hat langfristig, wie heute deutlich wird, jedoch zu neuen und teilweise radikaleren Oppositionsbewegungen geführt. Der von innen und außen wachsende Druck zur Durchsetzung politischer Reformen wird seitens der Machthaber mit zwei Strategien beantwortet: Kooptation einerseits und formale Reformen mit häufig geringer effektiver Durchsetzungskraft andererseits.

Die Kooptation geschieht über die selektive Integration bisheriger oppositioneller Parteien in die Regierung, sowie die ausgewählte Nominierung einflussreicher Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft in bestehende oder zu diesem Zweck neu gegründete Regierungsinstitutionen. So wurden einflussreiche staatliche Kommissionen und Ministerien zur Wahrung der Menschenrechte oder zur Berücksichtigung der Belange von Minderheiten geschaffen. Dieser Mechanismus erlaubt auch ein gewisses Elitenrotationssystem, welches deren Einfluss beschränkt und neu zu besetzende Posten schafft. Neben der Kooptationsstrategie versuchen die Machthaber, sich ihre Legitimität auch gegenüber den westlichen Staaten immer mehr durch institutionelle Reformen zu sichern. Hierbei werden zum einen formaldemokratische Mittel zur Sicherung des Machterhalts der bisherigen Eliten verwendet, wie die in allen drei Ländern vorgenommenen Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen ab Ende der 1980er Jahre bis heute zeigen.<sup>6</sup> Zum anderen führen die Regierungen reale Schritte der Demokratisierung durch, wie beispielsweise die Verbesserung des Rechtsstaates, ohne dass die Gesetze jedoch *de facto* implementiert werden. In der Durchsetzung existierender Gesetze bestehen erhebliche Probleme, wobei im Extremfall Tunesien das Parlament hauptsächlich als „Registrierungskammer“ der vom Präsidenten verfügten Gesetzesänderungen fungiert,<sup>7</sup> während in Marokko beispielsweise bei der Korruptionsbekämpfung auch gegen Staatsbedienstete Fortschritte zu beobachten sind.

## ***Verstärkte Integration zivilgesellschaftlicher Organisationen wird nur bei realer Partizipation die militante Opposition schwächen***

Die politische Macht bleibt in allen drei Ländern stark personalisiert und wird weitgehend innerhalb der bestehenden informellen Netzwerke ausgehandelt. Die politischen Institutionen haben dabei wenig Eigengewicht. Dennoch ist in den letzten Jahren vor allem in Marokko der Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Gewerkschaften auch auf nationaler Ebene stark gewachsen. Die Änderungen der Personenstandsgesetze in Marokko (2004) und Algerien (2005) sind wesentlich auf langjährige Kampagnen von NGOs zurückzuführen. Gerade auf lokaler Ebene tragen in diesen beiden Ländern weiter zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen zur lokalen Entwicklung bei und kompensieren in den Bereichen Trinkwasserversorgung und Infrastruktur einige der Mängel staatlicher Leistungen. Auch die Organisationen der berberstämmigen Bevölkerung spielen in Marokko und Algerien für die Umsetzung entwicklungspolitischer, kultureller und sprachlicher Belange eine wichtige Rolle.

---

<sup>5</sup> In Marokko wurde 1998, in Tunesien 1994 und in Algerien 1997 die Opposition in das Parlament integriert.

<sup>6</sup> Für einen ausführlichen Vergleich dieser Reformen vgl. Axtmann 2004.

<sup>7</sup> Vgl. auch die detaillierte Analyse der Funktionsweise des tunesischen Herrschaftsapparates in Bensedrine/Mestiri 2005.

In Algerien hat die Bewegung nach jahrelangen, oftmals gewaltsamen Zusammenstößen mit Polizei und Armee 2001 erreicht, dass die berberische Sprache als zweite Nationalsprache, wengleich nicht als Amtssprache, anerkannt wurde. In Marokko ist das Verhältnis zwischen arabisch- und berberstämmigen Bevölkerungsgruppen weniger gespalten und von Toleranz geprägt. Neben der Einführung berbersprachiger Medien wurde das königliche *Institut Royal de la Culture Amazighe* zur Vertretung (und letztlich Kontrolle) dieser Interessensgruppe gegründet und auch in der Universität werden seit neuestem berbersprachige Seminare angeboten. Während die Berber in Marokko keine eigenständige politische Kraft im Parlament bilden, verfolgen sie in Algerien auch über eigene Parteien eine wesentlich konfrontativere und oftmals militante Strategie.

Die Aktivitäten dieser in der Summe relevanten zivilgesellschaftlichen Einzelinitiativen beschränken sich allerdings auf einen von den Machthabern deutlich begrenzten Raum. Innerhalb dessen darf karitatives Engagement keinesfalls politisch werden und sollte sich, sofern es nicht durch eine der zahlreichen Staatsorganisationen ohnehin kanalisiert wird, auf Landesebene höchstens im Engagement ausgewählter Mittel- und Oberschichtvertreter äußern. In Tunesien ist auch die Zivilgesellschaft wesentlich von den politischen Machthabern kontrolliert bzw. inszeniert,<sup>8</sup> die wenigen unabhängigen Vertreter gehören Menschenrechtsorganisationen oder Medien an, werden jedoch permanent überwacht, willkürlich verhaftet und eingeschüchert.<sup>9</sup> Neben den Print- und Rundfunkmedien wird auch das Internet streng zensiert. Etwas mehr Handlungsspielraum haben die Medien in Algerien und Marokko, wo trotz weiter bestehender Tabus,<sup>10</sup> vor allem hinsichtlich des Präsidenten Bouteflika und des Königs Mohammeds VI, beispielsweise Entwicklungsprobleme durchaus kontrovers diskutiert werden. Auch die staatlich verordneten nationalen Versöhnungsinitiativen in Algerien und Marokko spielen sich trotz ihrer positiven Aspekte der teilweisen Aufarbeitung gesellschaftlicher Traumata innerhalb eines von den Machthabern eng definierten Rahmens ab. Dies schränkt ihre Legitimität und ihren tatsächlichen Beitrag zur Wiederherstellung der nationalen Einheit stark ein.<sup>11</sup> Die stabilisierende Wirkung der Integration von Oppositionsgruppen wird mittelfristig von ihrem realen Handlungsspielraum im politischen System abhängen.

### ***Steigende Lebenshaltungskosten und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit führen zu immer radikaleren Protesten***

Bereits heute sind organisierte Proteste der Bevölkerung gegen schlechte wirtschaftliche Lebensbedingungen und mangelnde Rechtsstaatlichkeit zu beobachten, die teilweise gewaltsam verlaufen. Auch in Tunesien, dem wirtschaftlich stärksten Land, ist eine steigende Unzufriedenheit über die hohe Verschuldung der Privathaushalte zu beobachten.<sup>12</sup> In Marokko finden neben zahlreichen Kampagnen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) in mehreren Städten auch unabhängige Protestmärsche gegen den Anstieg der Lebenshaltungskosten und der Trinkwasserpreise statt.<sup>13</sup> Hinzu kommen die Bewegungen der arbeitslosen Hochschulabgän-

---

<sup>8</sup> Ein Gesprächspartner vor Ort sprach gar von VGO, „very governmental organisations“, statt von NGOs.

<sup>9</sup> Vgl. die Länderberichte von Human Rights Watch 2007 und Amnesty International 2007.

<sup>10</sup> In Marokko gehören zu den absoluten Tabus dabei immer noch die religiöse Führungsrolle des Königs, die Westsahara-Frage und die Monarchie als Staatsform. In Algerien werden insbesondere Nachforschungen zu den Verbindungen zwischen politischer und ökonomischer Klasse und dem Militär, gerade auch hinsichtlich der Verwendung der Erlöse aus dem Erdöl- und Erdgasverkauf, streng bestraft.

<sup>11</sup> Die algerische *charte pour la paix et la réconciliation nationale* sieht unter anderem die Möglichkeit einer fünfjährigen Haftstrafe für diejenigen vor, die „die Verletzungen der nationalen Tragödie dazu benutzen, um staatlichen Institutionen Schaden zuzufügen“. In beiden Ländern wird die fehlende öffentliche Verurteilung und Bestrafung der Täter stark kritisiert.

<sup>12</sup> Präsident Ben Ali hatte mit einer großzügigen Vergabe von Krediten in den vergangenen Jahren versucht, die Bevölkerung durch vermeintlichen materiellen Wohlstand von Forderungen nach politischer Freiheit abzubringen. Vgl. Hibou 2006.

<sup>13</sup> Vgl. auch eine Übersicht der landesweit über 70 Initiativen gegen hohe Lebenshaltungskosten unter <http://comitesuivi.blogspot.com> (21.06.2007).

ger sowie, vor allem in Algerien, militante Berbergruppen. Einige dieser Bewegungen radikalieren sich zunehmend, wie die Selbstverbrennungen hoffnungsloser arbeitsloser Hochschulabgänger im Jahr 2006 in Marokko oder die Drohungen mit Selbstmord oder Massmigration zeigen. In Algerien sind die Proteste besonders heftig, hier sind in einigen Städten vor allem in der Kabylei regelmäßig Straßenschlachten und die Zerstörung staatlicher Gebäude zu beobachten. In Tunesien bewirkt neben dem relativen Wohlstand vor allem das extrem repressive Regime bisher noch eine weitgehende Unterdrückung offener Proteste. Dies hat wie in anderen Ländern allerdings eine Stärkung der radikalen Islamisten zur Folge, die für viele Unzufriedene die einzige Form der Artikulation einer Opposition darstellen. In allen drei Ländern ist neben der notwendigen Abfederung der ökonomischen Disparitäten vor allem eine Öffnung der politischen Systeme erforderlich, um weitere Polarisierung innerhalb der Bevölkerung und die Ausbreitung gewaltsamer Auseinandersetzungen zu vermeiden und friedliche Mittel der Konfliktlösung zu stärken.

### ***Terrorbekämpfung führt zu wachsender politischer Rolle der Sicherheitsdienste, Willkür und Repression haben eine zunehmende Delegitimierung zur Folge***

In Algerien spielt die nationale Armee seit dem Staatsstreich von 1965 eine dominante Rolle in der Politik. Die militärische Elite bestimmt weitgehend die Staatsbürokratie und ist darüber hinaus, häufig über ehemalige Militärangehörige, die nun im Privatsektor arbeiten, eng mit der Wirtschaftselite verbunden. Von der Bevölkerung wird das Militär mehrheitlich als legitim angesehen, Unmut besteht vielmehr über die Rolle der als willkürlich und brutal eingeschätzten *Gendarmerie Nationale*. Deren mangelndes rechtsstaatliches Verhalten hat in vielen Fällen in der Kabylei auch zu einer Solidarisierung der arabischstämmigen Bevölkerung mit den Revolten der Berbergruppen geführt. In Marokko wird das Militär seit der Attentate in den siebziger Jahren auf den damaligen König Hassan II streng vom Königshaus kontrolliert und wird neben seinem Haupteinsatzort Westsahara auch zur Repression von Demonstrationen eingesetzt. In Marokko und in Tunesien haben die Machthaber zusätzlich einen starken Sicherheits- und Geheimdienst ausgebaut, der ihnen direkt unterstellt ist und neben der Kontrolle der Bevölkerung auch das Militär selbst überwacht. In Marokko wurde 2006 auf diese Weise eine islamistische Gruppe festgenommen, die auch Rückhalt in der Armee hatte. In Tunesien spielt die Armee gegenüber den anderen Sicherheitsdiensten eine untergeordnete Rolle.

Die Zunahme der Aktivitäten terroristischer Gruppen und der innen- wie außenpolitische Druck auf die Regierungen haben in allen drei Ländern zu einer Verschärfung der Sicherheitspolitik geführt. Dies bedroht, wie auch der jüngste *Arab Human Development Report* feststellt, bereits vorhandene Fortschritte im Bereich der Menschenrechte und der politischen Freiheiten. Hierbei greifen nicht nur die nationalen Sicherheitsapparate zu umstrittenen Mitteln, auch die Kooperation mit westlichen Geheimdiensten und bilaterale Abkommen zur Terrorismusbekämpfung sind nicht immer transparent und können zu einer Verstärkung willkürlicher Repressionen beitragen. Wie auch in anderen Ländern werden politische Freiheiten durch neue Gesetze und Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus eingeschränkt. Dies führt auch zu willkürlichen Verhaftungen, Misshandlung und eingeschränktem Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft.<sup>14</sup> Politische Restriktionen über einen langen Zeitraum, wie der seit 15 Jahren geltende „Ausnahmestand“ in Algerien, werden sowohl zur Bereicherung der Eliten, als auch für Maßnahmen gegen politische oder wirtschaftliche Gegner missbraucht und delegitimieren rechtliche Mittel sowie in der Verfassung verankerte Prinzipien.

### ***Ungenügende Regierungsführung gefährdet die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen und Entscheidungsprozesse***

Die ungenügende Regierungsführung aller drei Regime des Maghreb bewirkt eine Delegitimierung nicht nur der politischen Führungselite, sondern auch der (pseudo-) demokratischen

---

<sup>14</sup> Siehe auch Arab Human Development Report 2006, S.7.

Staatsform an sich. Dies hat einerseits die Entpolitisierung und eine Abwendung vieler Interessensgruppen von dem politischen System zur Folge, die sich auch in einer immer geringeren Wahlbeteiligung äußert. Die Wahlbeteiligung lag im Mai 2007 in Algerien nur bei 35%, in Marokko im September des gleichen Jahres bei 37%, wobei 19% der Stimmen ungültig waren (El Hamraoui 2007). Gleichzeitig hat die repressive Regierungsführung eine Stärkung derjenigen Opposition zur Folge, die einen radikal anderen Gesellschafts- und Staatsentwurf vertritt, wie die Islamisten. Zwischen diesen beiden Extremen, der Abwendung von der Politik und der Mobilisierung für Extremisten, lassen sich jedoch auch gemäßigte Oppositionsgruppen ausmachen, die eher an einer Neuaushandlung der *Regeln* der politischen Prozesse als an einem Umsturz interessiert sind. Das hohe Engagement der Bevölkerung Marokkos und Tunesiens in zivilgesellschaftlichen Organisationen zeigt, dass trotz der niedrigen Wahlbeteiligung nicht Desinteresse am politischen Geschehen vorherrscht, sondern eine Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Parteien und eine Krise deren Vertreter. Gerade den verhandlungsbereiten aber zunehmend hoffnungslosen Gruppen kleinerer Parteien und der Zivilgesellschaft, die sich angesichts der fehlenden Reaktion der politischen Machthaber und der Repression radikalieren, müsste schnell eine Perspektive zur Verbesserung ihrer Lebensumstände und verstärkter politischer Beteiligung gegeben werden. Es zeichnen sich allerdings beschränkte Reformkurse ab, die aus den Tendenzen der Liberalisierung zwar noch keine Demokratisierung machen, aber dennoch den Spielraum der politischen Institutionen und Interessensgruppen vergrößern und ihre Stellung im System ausweiten.<sup>15</sup>

**Ausblick: Angesichts der wachsenden sozialen Unzufriedenheit über steigende Lebenshaltungskosten, intransparente Politik und Fassadendemokratie können die Regierungen ihre Macht langfristig nur durch die Umsetzung rechtsstaatlicher Gesetze und Machtteilung sichern. Die Fortschritte in der politischen Pluralität, höherer Meinungsfreiheit und einer einflussreichen Zivilgesellschaft werden sich in Marokko und Algerien weiter verstärken.**

---

<sup>15</sup> Die Stärkung der parlamentarischen Abhängigkeit der Regierung in Marokko (1992) und in Algerien (1988) macht beispielsweise eine Bestätigung des Staatsoberhauptes durch das Parlament und die Vorlage des Regierungsprogramms an das Parlament notwendig. Die Einführung der zweiten Parlamentskammern in allen drei Ländern hat dagegen die Einschränkung der Kompetenzen der Parlamente zur Folge und dient allgemein als eine „Sicherungsinstanz“ der Machthaber. Vgl. auch Axtmann, op. cit.

## 1.1 Trendbox A: Die Entwicklung der politischen Systeme

1. Die Veränderung der Elitenstruktur und der Partizipation sozialer Gruppen an den Verteilungsgewinnen erhöhen den politischen Druck auf die Machthaber.
2. Eine Überwindung der „Fassadendemokratie“ in Marokko und Algerien kann die Gesellschaften langfristig stabilisieren, anhaltende Repression in Tunesien stärkt gewaltbereite Islamisten.
3. Verstärkte Integration zivilgesellschaftlicher Organisationen wird nur bei realer Partizipation militante Opposition schwächen.
4. Steigende Lebenshaltungskosten und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit führen zu immer radikaleren Protesten.
5. Terrorbekämpfung führt zu wachsender politischer Rolle der Sicherheitsdienste, Willkür und Repression haben eine zunehmende Delegitimierung zur Folge.
6. Ungenügende Regierungsführung gefährdet die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen und Entscheidungsprozesse.

## 2. Die staatliche Politik vor neuen Herausforderungen: Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit und mangelnde Infrastruktur

### *Anhaltendes Bevölkerungswachstum führt zu einem hohen Anteil Jugendlicher und wachsender Nachfrage nach Arbeitsplätzen*

In der Kernregion des Maghreb leben heute über 70 Millionen Menschen. Algerien, das zweitgrößte Land des afrikanischen Kontinents, hat über 33 Millionen Einwohner, im westlich davon gelegenen Marokko leben etwa 32 Millionen Menschen und die Bevölkerung des im Osten angrenzenden Tunesiens beträgt zehn Millionen Menschen.<sup>16</sup> Die Gesamtbevölkerung der Region hat sich in den vergangenen 30 Jahren mehr als verdoppelt und wächst trotz sinkender Fertilitätsraten jährlich um mehr als 1,5 Prozent. Die verbesserte Gesundheitsversorgung hat hierzu beigetragen: Die Kindersterblichkeit sowohl nach der Geburt als auch innerhalb der ersten fünf Lebensjahre ist deutlich zurückgegangen und nur noch wenige Mütter sterben heute in Folge der Geburt.<sup>17</sup> Die unter Fünfzehnjährigen haben eine deutlich gestiegene Lebenserwartung: Für Männer liegt sie bei 70 Jahren, Frauen erreichen durchschnittlich das 73. Lebensjahr.<sup>18</sup> Es ist davon auszugehen, dass das Bevölkerungswachstum weiter anhält und bis zum Jahr 2025 etwa 99 Millionen Menschen in der gesamten Region leben werden.<sup>19</sup> Diese Entwicklungen haben bereits heute Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur: Die Gesellschaften zeichnen sich durch eine sehr breite Schicht der Jugendlichen und einen nur relativ geringen Anteil älterer Menschen aus. Der Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung liegt im Maghreb durchschnittlich bei unter fünf Prozent und wird auch bis 2015 nicht

<sup>16</sup> CIA 2007.

<sup>17</sup> UNDP 2006.

<sup>18</sup> UNDP 2007.

<sup>19</sup> CIHEAM 2007. Eine kurzfristigere Perspektive bieten die Prognosen für das Jahr 2015: Sie gehen in ihren höchsten Annahmen für Algerien von einer Bevölkerungszahl von bis zu 39,8 Millionen Menschen aus, für Marokko von 37,9 Millionen und für Tunesien von bis zu 11,6 Millionen Personen. Vgl. CIHEAM 2006, op.cit., S. 44.

nennenswert steigen. Der Anteil der unter Fünfzehnjährigen dagegen, bereits heute über ein Drittel der Bevölkerung, wird bis zum Jahr 2015 immer noch mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung darstellen.

Schon in den nächsten fünf bis fünfzehn Jahren muss wegen dieser Entwicklungen mit einer deutlichen Zunahme der arbeitsfähigen Bevölkerung gerechnet werden. Gleichzeitig werden jedoch nur wenige Arbeitsplätze frei und die Schaffung neuer Einstellungsmöglichkeiten wird in hohem Maße von der bisher nicht eindeutigen wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen ist deshalb eine wahrscheinliche Folge, auch wenn die Statistiken der letzten drei Jahre noch einen erkennbaren Rückgang aufweisen. Die nur eingeschränkt glaubwürdigen nationalen Statistiken geben an, dass in Algerien im Jahr 2005 noch 15,3% der Bevölkerung arbeitslos waren (heute 12%), in Tunesien 14,2% (heute 13,5%) und in Marokko 11% (heute 10%). Insgesamt ist der Anteil von Frauen und Jugendlichen an den Arbeitslosen hoch.<sup>20</sup>

### ***Mangelnde Bildung und Armut verstärken die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen und Migration***

Das Bevölkerungswachstum stellt auch für die Bildungssysteme der Maghrebländer eine Herausforderung dar. Gerade bei der Grundbildung der Jugendlichen sind deutliche Fortschritte zu verzeichnen: Heute besuchen in Algerien und Tunesien durchschnittlich 97% der Jugendlichen die öffentlichen Primarschulen, in Marokko 86%.<sup>21</sup> Dennoch sind bei den älteren Bevölkerungsgruppen sowie in den ländlichen Gebieten noch starke Defizite zu beobachten. Während im gesamten Maghreb durchschnittlich etwa ein Drittel der Menschen nicht lesen und schreiben kann, beträgt dieser Anteil in Marokko noch die Hälfte der Gesamtbevölkerung. In Tunesien beträgt die Analphabetenrate der Stadtbevölkerung zwar ‚nur‘ ein Drittel, in den ländlichen Gebieten steigt dieser Prozentsatz jedoch auf durchschnittlich 60%.<sup>22</sup> Um 2015 wird für den Maghreb jedoch eine flächendeckende Alphabetisierung erwartet.<sup>23</sup> Neben der Grundbildung ist auch angesichts des Wandels der Arbeitsmärkte eine stärkere Qualifizierung erforderlich. Gerade die weiterführenden Ausbildungen werden jedoch bisher wenig genutzt. Etwas mehr als 65% der Jugendlichen in Tunesien und Algerien und sogar nur 35% in Marokko besuchen nach ihrer Grundausbildung auch weiterführende Schulen und erlangen dadurch Qualifikationen, etwa für ein anschließendes Studium.<sup>24</sup> Den Jugendlichen fehlt es nach ihrer Schulzeit und zum Teil auch noch nach ihrer weiterführenden Ausbildung an beruflichen Perspektiven.

Folgen sind Armut durch mangelnde Erwerbstätigkeit, wachsender Migrationsdruck sowie soziale Unzufriedenheit, die sich besonders in Algerien und Marokko auch zunehmend gewaltsam äußert. Die Armut trifft zwar überwiegend die weniger Ausgebildeten, jedoch bietet auch ein abgeschlossenes Hochschulstudium heute keinen Schutz vor Arbeitslosigkeit. Zahlreiche Absolventen arbeiten zudem in Berufen fern ihrer eigentlichen Ausbildung. Die Armut ist trotz des anhaltenden Wirtschaftswachstums besonders in den ländlichen Gebieten noch weit verbreitet. In Algerien und Marokko lebt jeweils etwa ein Viertel der Einwohner unter der nationalen Armutsgrenze. Dabei sind vierzehn Prozent der Stadtbevölkerung arm, aber über ein Drittel der Landbevölkerung. In Tunesien leben nur etwa sieben Prozent der Menschen in Armut, auch hier ist jedoch ein starkes Stadt-Land-Gefälle zu beobachten: 3% Armut

---

<sup>20</sup> Angaben ILO 2004. Die Beurteilung der tatsächlichen Arbeitslosenraten ist gerade auch im Hinblick auf den Anteil der Jugendlichen und die internationale Vergleichbarkeit jedoch schwierig, da zum einen in den drei Ländern unterschiedliche Erhebungsmethoden angewandt werden und zum anderen die politische Sensitivität dieses Themas Manipulationen wahrscheinlich erscheinen lässt.

<sup>21</sup> UNDP 2006.

<sup>22</sup> ILI 2000.

<sup>23</sup> UNDP 2007.

<sup>24</sup> UNDP 2007.

in urbanen Gebieten stehen 13% im ländlichen Raum gegenüber.<sup>25</sup> Die Mehrzahl der Armen im Maghreb muss mit weniger als zwei US\$ pro Tag auskommen.<sup>26</sup> Über sechs Prozent der Menschen in Marokko und Algerien gelten als chronisch unterernährt und sterben in Folge ihrer Armut. In Tunesien dagegen ist Unterernährung heute kaum mehr ein Problem (0,5% der Bevölkerung<sup>27</sup>).

***Zunehmende Urbanisierung erhöht den Druck auf staatliche Versorgungssysteme, suburbane Gebiete werden künftig besonders betroffen sein***

Das Bevölkerungswachstum und die teilweise ökologisch bedingte Landflucht verstärken im gesamten Maghreb den Druck auf urbane Gebiete und Großstädte. Bereits heute leben in Algerien 96% der Einwohner im Norden des Landes auf einem Fünftel der Staatsfläche. In Marokko und Algerien leben über 57% der Bevölkerung in Städten, in Tunesien ist dies sogar noch stärker ausgeprägt (64%).<sup>28</sup> Mit dieser Entwicklung geht auch eine Neugestaltung der Erwerbstätigkeit einher. Während 1975 noch über die Hälfte der Menschen im Maghreb auf dem Land lebte und etwa ein Fünftel der Bevölkerung landwirtschaftlich tätig war, arbeiten in Ackerbau und Viehzucht heute in Tunesien und Algerien nur noch etwa neun Prozent der Menschen, in Marokko unwesentlich mehr (12%).<sup>29</sup> Doch die indirekt von der Landwirtschaft abhängigen Arbeitsplätze verdeutlichen die bis heute hohe Relevanz dieses Sektors: Nahezu ein Viertel der Menschen in Tunesien und Algerien, und sogar über ein Drittel der Bevölkerung Marokkos leben noch indirekt von der Landwirtschaft.

Bis zum Jahr 2015 wird sich die Landflucht massiv verstärken, dann werden voraussichtlich mehr als 70% der Menschen in Städten leben. Dies verlangt nach mehr Wohnraum und verbesserter Infrastruktur. Der große Mangel an Wohnraum ist in Algerien immer wieder auch Anlass für soziale Unruhen und ein weiteres Merkmal der Perspektivlosigkeit der Jugend. Städtebauliche Programme der Regierungen können die Defizite nur langsam beheben. In Marokko ist der Mangel an erschwinglichem Wohnraum besonders in den *bidonvilles* (Elendsvierteln) sichtbar. In diesen verarmten Vorstadtvierteln leben die Menschen ohne ausreichende Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, auch mangelt es hier an Schulen und Gesundheitsstationen. Teilweise handelt es sich um regelrechte Slums. Der marokkanische König Mohammed VI hatte im Juli 2004 das Programm *Ville sans bidonville – lutte contre l’habitat insalubre* („Städte ohne Elendsviertel, Kampf dem heruntergekommenen Wohnraum“) ins Leben gerufen. Hierdurch wurden in den letzten drei Jahren in zahlreichen Vorstädten neue Wohnungen bereitgestellt, wobei primär diejenigen Viertel berücksichtigt wurden, aus denen die nach den Attentaten 2003 festgenommenen Islamisten stammen. Allerdings gibt es immer wieder auch Berichte von Menschen, deren Unterkünfte niedergerissen wurden, ohne dass sie durch neuen Wohnraum kompensiert wurden – was wiederum die sozialen Unruhen verstärkt.

***Diskrepanzen zwischen städtischer und ländlicher Versorgung im Trinkwasser- und Gesundheitsbereich sowie im Zugang zu Kommunikationsmitteln verstärken die Landflucht***

Trotz der Herausforderungen, die die Urbanisierung an die staatlichen Versorgungssysteme stellt, sind in allen drei Maghrebländern erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser sowie in der Gesundheitsversorgung zu verzeichnen. Der jüngste Bericht über den Fortschritt der *Millennium Development Goals* (MDG)<sup>30</sup> bescheinigt der gesamten Region Nordafrika eine Verbesserung der Wasser- und Gesundheitsversorgung,

---

<sup>25</sup> World Bank 2007.

<sup>26</sup> UNDP 2007.

<sup>27</sup> FAO 2007.

<sup>28</sup> CIHEAM 2007.

<sup>29</sup> CIHEAM 2007.

<sup>30</sup> UN 2007.

wenngleich sich die Situation in Algerien im Vergleich zum Jahr 2004 wieder verschlechtert hat. In Algerien hat knapp 88% der städtischen Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser, die Versorgung ist jedoch nicht durchgehend gesichert. In Tunesien ist die städtische Versorgung mit einer Rate von 99% am besten. Auf dem Land haben dagegen nur 80% der Bevölkerung Algeriens und Tunesiens Zugang zu sauberem Trinkwasser, in Marokko sogar nur die Hälfte der Menschen. Auch hier trägt der aktuelle Ausbau der Netzwerke jedoch zu einer rapiden Verbesserung bei. Die Disparitäten innerhalb der Städte werden durch die herkömmlichen Statistiken nicht erfasst, sind jedoch nach Berichten von NGOs und Medien erheblich. Ähnliche Diskrepanzen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sind im Gesundheitssektor zu beobachten. Auf 100.000 Menschen kommen im Maghreb durchschnittlich etwa 100 ausgebildete Ärzte, rund ein Drittel der Deckungsquote in Deutschland.<sup>31</sup> In Algerien und Tunesien hat nahezu die gesamte Stadtbevölkerung Zugang zu ärztlicher Betreuung, in Marokko ist die Versorgung mit 88% etwas schlechter. In ländlichen Regionen ist die gesundheitliche Versorgung in Algerien mit über 80% am besten, es folgt Tunesien mit 65% und Marokko mit nur 50%.<sup>32</sup> Wesentliche Fortschritte sind dagegen in der heute fast flächendeckenden Tuberkulose-Impfung zu verzeichnen. Unter den Erwachsenen treten jährlich in Algerien noch etwa 50 Infektionsfälle dieser Krankheit pro 100.000 Menschen auf, in Marokko werden jährlich doppelt so viele Fälle registriert, in Tunesien mit 25 Fällen nur ein Viertel. Auch die Rate von HIV-Infektionen scheint in den Ländern des Maghreb weniger problematisch als im restlichen Afrika. Aktuell sind weniger als 200 Infektionsfälle auf 100.000 Einwohner im Maghreb bekannt.<sup>33</sup> Die offiziellen Statistiken hierzu spiegeln jedoch nur einen Teil der Infektionsfälle wider, während die Dunkelziffer von spezialisierten NGOs weitaus höher eingeschätzt wird. Wenngleich es eine steigende Sensibilisierung der Bevölkerung gibt, die teilweise auch von den Regierungen unterstützt wird, ist das Thema dennoch stark tabuisiert.

Der Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln hat sich in den vergangenen Jahren stark verbessert und wächst weiter. Die Anzahl der Telefonanschlüsse hat erst in den letzten zehn Jahren zugenommen und sich dabei verdoppelt, erreicht dabei heute im Maghreb durchschnittlich jedoch nur sieben Prozent der Bevölkerung. Dagegen haben sich die Mobiltelefone stark verbreitet. In allen drei Ländern besitzen über ein Drittel der Bevölkerung Mobiltelefone.<sup>34</sup> Den Zugang zum Internet dagegen kann bisher nur 2,5% der Bevölkerung Algeriens nutzen, jedoch 8,4% in Tunesien und knapp 12% in Marokko.<sup>35</sup> In Tunesien wird das Internet allerdings von der *Agence Tunisienne d'Internet (ATI)*, die dem Kommunikations- und Technologieministerium untergeordnet ist, überwacht. Seiten von Oppositionsgruppen aus Tunesien oder dem Ausland wie auch der Zugang zu ausgewählten Medien werden zensiert.

Insgesamt ergibt sich aus der Analyse der staatlichen Versorgungssysteme ein gemischtes Bild: Wenngleich in einigen Bereichen erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind, bleibt die Diskrepanz zwischen der Versorgung der städtischen und der ländlichen Bevölkerung ein strukturelles Problem. Neben der ländlichen Armut und den wachsenden Problemen des Agrarsektors tragen auch diese Versorgungsmängel zur gegenwärtigen Landflucht bei. Dies erhöht wiederum den Druck auf die ohnehin stark expandierenden und teilweise unterversorgten Städte. Nur kohärente Politikmaßnahmen der Verbesserung der Einkommensmöglichkeiten in den ruralen Gebieten bei einem gleichzeitigen Ausbau der Infrastruktur könnten in Zukunft eine weitere Verstärkung dieser Trends begrenzen.

**Ausblick: Das Bevölkerungswachstum und der hohe Anteil der Jugendlichen werden zumindest bis 2015 noch den Bedarf an Arbeitsplätzen und Infrastruktur in Bildung**

---

<sup>31</sup> UNDP 2006.

<sup>32</sup> WHO/UNICEF 2006.

<sup>33</sup> UNDP 2006.

<sup>34</sup> BFAI 2007.

<sup>35</sup> UNDP 2006.

**und Gesundheit erhöhen und können das Stadt-Land-Gefälle weiter verstärken. Landflucht und wachsender Druck auf (sub)urbane Gebiete wie auch Migration sind wahrscheinliche Folgen.**

## **2.1 Trendbox B: Die Herausforderungen an die Infrastruktur und den Arbeitsmarkt**

1. Anhaltendes Bevölkerungswachstum führt zu einem hohen Anteil Jugendlicher und wachsender Nachfrage nach Arbeitsplätzen.
2. Mangelnde Bildung und Armut verstärken die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen und Migration.
3. Zunehmende Urbanisierung erhöht den Druck auf staatliche Versorgungssysteme, suburbane Gebiete werden künftig besonders betroffen sein.
4. Diskrepanzen zwischen städtischer und ländlicher Versorgung im Trinkwasser- und Gesundheitsbereich sowie im Zugang zu Kommunikationsmitteln verstärken die Landflucht.

## **3. Die Trends in der Wirtschaft: Erhebliche Veränderungen der Strukturen von Produktion, Handel und Arbeitsmärkten durch die Liberalisierung**

### ***Trotz wirtschaftlichen Wachstums negative Handelsbilanzen: Importbedarf erhöht Verschuldung in Marokko und Tunesien***

Die Volkswirtschaften von Algerien, Tunesien und Marokko verzeichnen Wachstumstrends, die auf unterschiedlichen Sektoren beruhen. In Algerien wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2007 bei 116 Milliarden US\$ liegen.<sup>36</sup> Die Hälfte entfällt dabei auf die Kohlenwasserstoff (CO)-Produktion. Weiter tragen mit jeweils 10% die Branchen Handel, Transportwesen, Baugewerbe und Landwirtschaft dazu bei. Während das BIP im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 5% anstieg, konnten nach dem vorübergehenden Einbruch in 2006 (2% Wachstum) für das Jahr 2007 Raten von über 4% verzeichnet werden. Am stärksten trugen der Bausektor, die Dienstleistungsbranche und auch die Landwirtschaft zu dem Wachstum bei. Trotzdem müssen in Algerien auch Lebensmittel<sup>37</sup> und Konsumgüter<sup>38</sup> importiert werden. Durch die Förderung von Erdöl und Erdgas ist Algerien zwar stark von den Fluktuationen des Weltenergiemarktes abhängig, gerade in den vergangenen drei Jahren hat dieser Sektor jedoch hohe Erträge ermöglicht. Die Gewinne werden jedoch nur in geringem Maße an die Bevölkerung weitergegeben, und der Sektor schafft nur wenige Arbeitsplätze. Die Regierung hat die Erträge wesentlich zur Tilgung von Staatsschulden und dem Kauf neuer Anlagen verwendet. Hauptabnehmer für Erdöl und Gas und wichtigste Handelspartner für Algerien sind die USA, Italien, Spanien und Frankreich. Bei einer ausgeglichenen Handelsbilanz sowie zunehmenden Importen und Exporten haben sich die ausländischen Investitionen in Algerien von 600 Mrd. US\$ in 2003 auf über 1000 Mrd. US\$ erhöht. Die Auslandverschuldung ist von 24 Mrd. US\$ in 2004 auf 9 Mrd. US\$ in 2006 deutlich zurückgegangen; die Schulden des

<sup>36</sup> Zum Vergleich: Das BIP der BRD lag im Jahr 2007 bei 2900 Milliarden US\$.

<sup>37</sup> Getreide und Mehl für 1200 Mio. US\$, Milch und Zucker für 1000 Mio. US\$, Kaffee und Tee für 160 Mio. US\$, Fleisch und Gemüse für etwa 300 Mio. US\$ (BFAI 2007).

<sup>38</sup> Elektrogeräte für 800 Mio. US\$, Kraftfahrzeuge für 1000 Mio. US\$, Möbel für 50 Mio. US\$ und Kleidung für 50 Mio. US\$ (BFAI 2007).

Landes an den *Club de Paris* wurden bis Ende 2007 vollständig getilgt.<sup>39</sup> Zudem hat Algerien seine Devisenreserven von 2004 bis heute auf 80 Mrd. US\$ verdoppeln können und entwickelt sich nach den Jahren des Bürgerkrieges zu einem interessanten Wirtschaftspartner für den Westen, aber auch für Russland und die asiatischen Länder.

Das BIP Marokkos in Höhe von 62 Mrd. US\$ wird dagegen vornehmlich vom Dienstleistungssektor getragen (57% in 2006). Zudem leisten die verarbeitende Industrie (17,6%), die Landwirtschaft und die Fischerei (12,4%) sowie die Wasserwirtschaft (5,7%)<sup>40</sup> einen wichtigen Beitrag. Das wirtschaftliche Wachstum betrug im Jahr 2005 nur um 2%, in 2006 wurden jedoch über 7% und in 2007 3,5% erreicht. Die Energie- und Wasserwirtschaft tragen maßgeblich zum BIP bei, weiter sind das Baugewerbe und die Transport-, Kommunikationsbranche relevant. Die im Vergleich zu Algerien stärkeren Schwankungen der Wachstumsraten sind teilweise durch den hohen Anteil der klimaabhängigen landwirtschaftlichen Produktion zu erklären. Trotz einer Steigerung der Exportraten führt Marokko bisher mehr Güter ein und weist seit 2004 eine negative Handelsbilanz auf. Importiert werden vor allem Nahrungsmittel und Konsumgüter, Maschinen, Energie und chemische Erzeugnisse. Exportiert werden Konsumgüter (zumeist Textilwaren), Nahrungsmittel und Chemikalien. Die ausländischen Investitionen nehmen seit 2004 zu und die Devisenreserven steigen. Die wichtigsten Investitionsbranchen sind die Telekommunikation, Dienstleistungen, Einzelhandel und Tourismus, aber auch Projekte in der verarbeitenden Industrie.<sup>41</sup> Die in 2007 um 3,5% gewachsene Tourismusbranche ermöglicht zwar einen hohen Zufluss von Devisen, aber dieser Sektor bleibt angesichts möglicher Attentate äußerst anfällig. Marokko konnte seine Auslandverschuldung in den letzten drei Jahren nicht nennenswert senken. Sie betrug 2006 etwa 29% des BIP und damit 18 Mrd. US\$.<sup>42</sup> Nach den drei Szenarien des marokkanischen *Haut Commissariat du Plan* muss die Entwicklung des Landes bis 2015 in umfangreicherem Maße als bisher gefördert werden, um das wirtschaftliche Wachstum konstant zu halten, die Arbeitslosigkeit zu senken und einen defizitären Staatshaushalt zu vermeiden.<sup>43</sup>

In Tunesien lag das BIP in 2007 bei nahezu 33 Mrd. US\$ und wuchs damit um 6%, dies setzt den kontinuierlichen Anstieg von je einem Prozent pro Jahr seit 2004 fort. Hierzu tragen folgende Branchen am stärksten bei: Transport und Kommunikation (22,5%), Tourismus und Handel (14%), Landwirtschaft (10%), verarbeitende (v.a. Textil-) Industrie (12%), Elektrizität und Wasser (6,5%), Erdöl und Gas (5%). Trotz des im Vergleich zu Marokko und Algerien stabilen Aufwärtstrends fällt auch die Handelsbilanz von Tunesien wegen hoher Importe negativ aus. Eingeführt werden vor allem Konsumgüter und Nahrungsmittel. Zu den ausgeführten Gütern zählen Textilien, wie Kleidung, Trikotagen und Lederwaren, Energie, Agrarprodukte, Lebensmittel und Chemikalien. Ausländische Investitionen werden vor allem in den Sektoren Industrie, Energie und Tourismus getätigt. Der Fremdenverkehr ist mit einem Anteil von sechs Prozent am BIP nach der Industrie der zweitgrößte Devisenbringer des Landes und schafft 69.000 direkte und 196.000 indirekte Stellen.<sup>44</sup> Die Devisenreserven Tunesiens konnten in den vergangenen Jahren leicht gesteigert werden, jedoch ist die Auslandsverschuldung mit 65% des BIP sehr hoch.<sup>45</sup> Präsident Ben Ali strebt an, über private Investitionen aus dem Ausland das Wirtschaftswachstum bis 2016 auf über 6% pro Jahr anzuheben, die Arbeitslosigkeit auf 10% zu senken und auch die Staatsverschuldung zu minimieren.

Die wirtschaftliche Entwicklung und auch die Auslandsinvestitionen in allen Maghreb-Ländern werden durch die weit verbreitete Korruption stark behindert. In dem 162 Länder

---

<sup>39</sup> Club de Paris 2007.

<sup>40</sup> Trinkwasseraufbereitung und -versorgung, Meerwasserentsalzung und Kläranlagen.

<sup>41</sup> BFAI 2007.

<sup>42</sup> BFAI 2007.

<sup>43</sup> Boushaba 2007.

<sup>44</sup> Vgl. Englert 2007.

<sup>45</sup> BFAI 2007.

umfassenden Ranking der Korruptionswahrnehmung der Organisation *Transparency International* von 2006 belegen Marokko den 82. und Algerien den 84. Platz. Tunesien liegt zwar weiter vorn auf Rang 52, im Bericht heißt es allerdings, dass gerade dort im zurückliegenden Jahr eine deutliche Verschlechterung der wahrgenommenen Korruption zu verzeichnen ist. Eine eindeutige Verbesserung ist dagegen in Algerien erkennbar.<sup>46</sup>

### ***Liberalisierung der Märkte bewirkt geringeren wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum***

Die ersten Schritte zur Liberalisierung der Wirtschaft in den Maghrebstaaten wurden im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme der 1980er Jahre durchgeführt. Seitdem ist dieser Prozess in den drei Ländern unterschiedlich stark vorangeschritten, insgesamt zeichnet sich jedoch eine Zunahme der bi- und multilateralen Freihandelsabkommen ab. Besonders einflussreich sind hier die Vereinbarungen mit der EU und der Welthandelsorganisation (WTO), aber auch regionale Abkommen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Insbesondere die Vereinbarungen mit der WTO wurden sehr kontrovers debattiert und wirken sich durch die breite Palette an Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen der Produktion, des Handels und des Dienstleistungssektors am stärksten auf die Volkswirtschaften aus. Während Marokko und Tunesien bereits Mitglieder der WTO sind, hat Algerien bisher hier einen Beobachterstatus, der Beitritt wird voraussichtlich noch 2008 erfolgen. Zwei wesentliche Trends wirken sich im Zusammenhang mit den Liberalisierungsprozessen seit den 1990er Jahren verschärft auf die Produktions-, Absatz- und Arbeitsmärkte der drei Länder aus: (a) die Reduzierung der Staatsausgaben, die die Privatisierung staatlicher Unternehmen und die Reduzierung von Fördermaßnahmen zur Folge hat, und (b) die Öffnung der Märkte, die unter anderem eine höhere Konkurrenz auf dem Binnenmarkt, veränderte Exportbedingungen und die Reduzierung von Subventionen beinhalten.

Auf europäischer Ebene ist für den Maghreb vor allem der sog. Barcelona-Prozess, der auf der europäischen Außenministerkonferenz 1995 beschlossen wurde, relevant.<sup>47</sup> Das MEDA-Programm ist das wichtigste Werkzeug der europäischen Union zur wirtschaftlichen Unterstützung der nordafrikanischen Staaten und ihrer finanziellen wie technischen Zusammenarbeit.<sup>48</sup> Es unterstützte die Länder von 2000 bis 2006 mit einem Investitionsvolumen von 4,8 Mrd. € hinzu kamen weitere 7,3 Mrd. € der europäischen Investitionsbank.<sup>49</sup> Ziel dieser wirtschaftlichen Kooperation ist die Schaffung einer Freihandelszone im Mittelmeerraum bis zum Jahr 2010. Hierfür sollen primär Handelserleichterungen dienen, die eine Abschaffung der Einfuhrzölle auf europäische Waren und damit eine Preissenkung der importierten Güter im Maghreb zur Folge haben. Die Zollfreiheit im Handel mit der EU wird seit 2008 zuerst in Tunesien umgesetzt, für Marokko ist die Öffnung für das Jahr 2012 vorgesehen. Bereits heute sind jedoch mit Ausnahme der Ausfuhr von Agrarprodukten und Lebendvieh bereits zahlreiche Handelsbranchen liberalisiert. Für die Wirtschaften der Maghrebländer sind die Auswirkungen der Liberalisierung derzeit noch nicht vollständig absehbar, jedoch zeichnen sich bereits einige Tendenzen ab, die im Folgenden näher erläutert werden.

### ***Mögliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit durch verstärkte Konkurrenz für kleine und mittlere Unternehmen, Privatisierung staatlicher Betriebe und Zufluss asiatischer Arbeitskräfte***

Die in allen drei Ländern relevanten Klein- und Mittelunternehmen (KMU) gelten als einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren nach der Landwirtschaft. Die KMU sind trotz der in den vergangenen Jahren angelaufenen Anpassungsprogramme („mise à niveau“) noch ungenügend auf die Liberalisierung vorbereitet und werden der verstärkten Konkurrenz nur schwer

---

<sup>46</sup> Transparency International 2006.

<sup>47</sup> Daneben existieren noch zahlreiche weitere bi- und multilaterale Abkommen, die an dieser Stelle jedoch nicht ausführlich thematisiert werden. Das Freihandelsabkommen mit der EU ist jedoch das zeitlich nächste und neben dem WTO-Abkommen das umfangreichste.

<sup>48</sup> EU 2007.

<sup>49</sup> EIB 2006.

standhalten können. Infolge des härteren Wettbewerbs ist zu erwarten, dass etwa zwei Drittel der kleineren Betriebe verschwinden werden, die Unterstützungsprogramme, u.a. der Europäischen Union, werden voraussichtlich nur ein Drittel vor dem Konkurs bewahren können.<sup>50</sup> In Tunesien und in Marokko wird sich die Liberalisierung wesentlich auf die Textilbranche auswirken, da hier mit dem Import günstiger Ware aus dem asiatischen Raum und höherer Konkurrenz auf den Exportmärkten zu rechnen ist. Die tunesische Textilbranche stellt 40% der Arbeitsplätze der nationalen Handwerkindustrie und macht knapp 45% der Exporte des Landes aus.<sup>51</sup>

Die Anzahl der Arbeitsplätze wird bisher durch die Wirtschaftsliberalisierung eher vermindert denn erhöht. Dies hängt wesentlich mit drei Tendenzen zusammen: Der oben erwähnten Schließung kleiner und mittlerer Unternehmen, dem Zufluss asiatischer Arbeitnehmer im Maghreb und der durch Privatisierungen frei werdenden Arbeitskräfte. Die liberalere Vergabe von Großaufträgen, beispielsweise im Strassen- und Wohnungsbau, bewirkt vermehrt eine Übernahme der Projekte durch asiatische Firmen. Diese schaffen meist nur wenige zeitweilige Arbeitsplätze. Weiter wirbt der algerische Staat trotz der hohen Arbeitslosigkeit chinesische Arbeitskräfte an, von denen bereits heute 10.000 zu sehr günstigen Konditionen neue Infrastrukturen für die Städte schaffen.<sup>52</sup> Die Privatisierung staatlicher Unternehmen hat darüber hinaus in vielen Fällen zur Entlassung oder Frühpensionierung von Angestellten geführt; in Algerien hat so bereits eine knappe Million Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlassen müssen. Die Privatisierungen der Betriebe verlaufen in vielen Fällen Beobachtern zufolge nicht immer transparent, so dass ein Teil der etablierten Eliten bevorzugt behandelt wurde und auch verhindern konnte, dass in den von ihnen kontrollierten Wirtschaftszweigen Konkurrenz aufkommt.<sup>53</sup>

### ***Drohender Verlust von Einkommensmöglichkeiten und mangelnde Kompensationsmaßnahmen können soziale Unruhen verstärken***

Die Liberalisierung hat auch eine Restriktion der staatlichen Budgets zur Folge, deren Subventionen in vielen Bereichen mehr darstellten als reine wirtschaftspolitische Maßnahmen. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen in wirtschaftlich schwachen Bereichen, beispielsweise in weiten Teilen des Agrarsektors, wird in den kommenden Jahren wegfallen. Auch die geringeren staatlichen Einnahmen aus Zöllen und Handelsbeschränkungen werden sich auf den Staatshaushalt auswirken. Steuererhöhungen zur Kompensierung dieser Ausfälle sind wahrscheinlich, wenngleich Einkommens- und Unternehmenssteuern durch den bisher hohen Anteil des informellen Sektors an den drei Volkswirtschaften teilweise schwierig zu implementieren sind. Gerade eine Erhöhung von Verbrauchssteuern würde jedoch die Kaufkraft der Bevölkerung senken und eine Belebung der Wirtschaft stark begrenzen. In Algerien hat der Widerstand vor allem der Gewerkschaften und eines Teils des Militärs die Liberalisierung eine Zeit lang begrenzt.<sup>54</sup> In Marokko ist der Widerstand angesichts der Auswirkungen auf den Agrarsektor sowie die KMU vor allem in der Zivilgesellschaft hoch gewesen. In allen drei Ländern mangelt es bisher an konkreten politischen Konzepten zur Abfederung der sozioökonomischen Auswirkungen der Liberalisierung. Zwar wird in Algerien ein Teil der Renten aus dem Rohstoffexport bereits für den Straßen- und Wohnungsbau eingesetzt. Nur eine massive Ausdehnung von Sozialprogrammen sowie die Sicherung der gerechten Vergabe der Leistungen können jedoch mittelfristig helfen, größere soziale Unruhen zu vermeiden.

---

<sup>50</sup> Vgl. Maier 2004.

<sup>51</sup> Vgl. Theres 2007.

<sup>52</sup> Vgl. Bourcier 2006.

<sup>53</sup> Vgl. Haddad 2002.

<sup>54</sup> Vgl. Mattes 2002.

### ***Auswirkungen der Liberalisierung bedrohen den einheimischen Agrarsektor, verursachen Preisänderungen und erhöhen den Importbedarf an Nahrungsmitteln***

Mehrere Faktoren machen gerade den Agrarsektor der Maghrebländer für die Folgen der Wirtschaftsliberalisierung besonders sensibel: Die Rolle der Landwirtschaft für die Sicherung der Beschäftigung, der Anteil der Agrarerzeugnisse an den Exportprodukten und die soziopolitischen Implikationen der Preise von Grundnahrungsmitteln. Der Agrarsektor ist in allen drei Ländern fester Bestandteil der Wirtschaft. Wenngleich der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am BIP in Tunesien und Marokko (respektive 13% und 18%) etwas höher ist als in Algerien (11%),<sup>55</sup> so sind die Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen zu ähnlichem Anteil von dieser Branche abhängig. Die Liberalisierung wirkt sich in dreierlei Hinsicht auf den Agrarsektor aus: In der Verminderung bzw. Abschaffung der Subventionen der landwirtschaftlichen Produktion,<sup>56</sup> der Reduzierung der exportierten Agrarerzeugnisse und der Öffnung der Märkte für auswärtige Produkte (Reduzierung bzw. Verminderung der Einfuhrzölle etc.). Innerhalb der unterzeichneten Vereinbarungen haben Marokko und Tunesien wie auch die EU Sonderabkommen abgeschlossen, die spezielle Konditionen für den landwirtschaftlichen Sektor vorsehen. Dies bedeutet jedoch keinen langfristigen Schutz der Branche vor der Liberalisierung, sondern spiegelt sich lediglich in einem differenzierten System der produktspezifischen und langsameren Anpassung wider.

Vor allem die Getreide-, aber auch die Zuckerproduktion werden von der erhöhten Konkurrenz betroffen sein, hier wird ein rapider Fall der Preise durch europäische und US-amerikanische Produkte erwartet. Gerade im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels werden diese Entwicklungen die Produktionsbedingungen der Landwirte stark verschlechtern: Während weniger wasserintensive Produkte wie Getreide der Preiskonkurrenz kaum standhalten werden, wird gerade der Exportbedarf wasserintensiver Erzeugnisse wie Obst und Gemüse weiter ansteigen. Die in hohem Maße ungleiche Verteilung der landwirtschaftlich nutzbaren Böden verstärkt die Verwundbarkeit der kleinen und mittleren Agrarbetriebe, die die überwiegende Mehrheit bilden. In Marokko besitzen 80% der Bauern Anbaufläche von weniger als 5 ha, die auf Landesebene jedoch nur 25% der Gesamtfläche ausmachen. Auch in den beiden anderen Ländern ist das Verhältnis sehr ungleich: In Algerien sind 72%, in Tunesien 45% der Felder weniger als 5 ha groß, sie machen respektive rund 16,8 und 7,7% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche aus.<sup>57</sup> Eine weitere Auswirkung der Freihandelsabkommen betrifft die Preise für die Konsumenten im Maghreb selbst, da diese sich immer mehr den Weltmarktpreisen anpassen werden müssen. Während dies bei einigen Erzeugnissen wie dem Getreide zu einer Senkung der Preise führen wird (zum Wohle der Konsumenten und zum Leiden der Produzenten), wird gerade bei den Preisen der fertigen Produkte wie Brot und gebrauchsfertigem Grieß ein starker Anstieg erwartet. Dies ist umso bedeutender, da direkte Getreideprodukte (Mehl, Brot, Grieß) sowie indirekt daraus erzeugte Fleisch- und Milchprodukte zwischen 40 und 50% der Haushaltsausgaben insbesondere der ländlichen und der ärmeren Bevölkerung darstellen. Bedingt durch die voraussichtlich geringere Produktivität und die steigende Nachfrage, wird der Import von Grundnahrungsmitteln und insbesondere von Getreide im Maghreb stark ansteigen.<sup>58</sup> Während alle drei Länder ihren Bedarf an Fleisch derzeit noch weitgehend durch eigene Produktion decken können, ist die Deckungsrate bezüglich des Getreidebedarfs wesentlich geringer.<sup>59</sup> Die Getreidedefizite wer-

---

<sup>55</sup> Im Jahr 2003, vgl. CIHEAM 2006, op.cit., S. 396.

<sup>56</sup> Neben Subventionen von Investitionen im Agrarsektor, wie z.B. zur Einführung neuer Bewässerungssysteme und Zuschüssen für das Saatgut, sind hier vor allem in Marokko Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Drogenanbaus erlaubt.

<sup>57</sup> Jouve et al. 1995, S. 172.

<sup>58</sup> Für Algerien wird bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 2001 eine Verdopplung des Getreidebedarfs prognostiziert. Vgl. MATE 2001, S. 91.

<sup>59</sup> Marokko produzierte 2004 noch rund 68% des konsumierten Getreides im Land, Tunesien 53%, Algerien produzierte nur 36% im Land. CIHEAM, op.cit.

den für das Jahr 2015 auf 8.500 Tonnen für Algerien geschätzt, rund 5.300 Tonnen für Marokko und 3.100 Tonnen für Tunesien.<sup>60</sup> Aufgrund der stark ansteigenden Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt sowie höherer Transportkosten werden die Kosten für den Import dieser Produkte in naher Zukunft jedoch stark ansteigen.

### ***Wachsender Einfluss nichtstaatlicher Organisationen auf dem Land verstärkt Innovationspotentiale***

Die Veränderungen im Agrarsektor der Maghrebländer sind jedoch nicht nur durch die Liberalisierung bestimmt, sondern wesentlich auch von institutionellen Reformen geprägt. Diese äußern sich in der lange dirigistisch geführten Branche einerseits durch den Rückzug staatlicher Institutionen aus den Produktions- und Vermarktungsprozessen, andererseits aber auch durch die deutliche Zunahme lokaler Organisationsformen. Mit der wachsenden Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Produktionsgenossenschaften, der finanziellen Förderung dieser Organisationen und dem höheren Bildungsgrad der ländlichen Bevölkerung entstehen neue Produktionsstätten und modernere Herstellungs- und Verarbeitungssysteme. Dies bewirkt auch eine Veränderung der sozialen Strukturen, da junge Menschen teilweise auch nach dem Studium in die Betriebe zurückkehren, neue soziale Schichten verstärkt Mitspracherechte in lokalen Entwicklungsorganisationen bekommen, und sich gerade auch Frauen in diesen Prozessen engagieren.<sup>61</sup> Diese lokalen Innovationspotentiale können durch gezielte Unterstützung auch die sozioökonomische Anpassung an die Auswirkungen der Liberalisierung und des Klimawandels stärken.

Wie aus den obigen Ausführungen deutlich geworden ist, erfüllt die Landwirtschaftspolitik in den Maghrebländern wesentliche Funktionen der Regionalentwicklung, der Armutsbekämpfung und der Einkommenssicherung. Diese Funktionen werden durch die Auswirkungen der Freihandelsabkommen in hohem Maße eingeschränkt, ohne dass sich bisher eine adäquate Kompensation abzeichnet. Die hier skizzierten Trends werden mittelfristig, wenn sie nicht durch entsprechende sozioökonomische Maßnahmen wie die Schaffung neuer Einkommensquellen abgefedert werden, zu einem starken Anstieg der ländlichen Armut, dem Bankrott der überwiegenden Anzahl der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe und erhöhter Migration in urbane Gebiete führen. Folgewirkungen werden sich wesentlich in den Lebensbedingungen in den Städten bemerkbar machen (Ausweiten der Slums, Nachfrage nach Serviceeinrichtungen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit), wo einige Viertel ohnehin unter geringer politischer Aufmerksamkeit leiden und zum wesentlichen Rekrutierungsmilieu islamistischer Bewegungen werden. So kamen beispielsweise die Attentäter der Anschläge von Casablanca im Jahr 2003, wie auch die der Explosionen im März 2007 aus dem armen Vorstadtgebiet Sidi Moumen.

**Ausblick: Während sich der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der Regierungen durch die Liberalisierung verringert, sind die genauen Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte noch unklar. Negative Folgen sind die höhere Konkurrenz für die einheimische Produktion, die Gefährdung landwirtschaftlicher Betriebe und die Erhöhung des Importbedarfs und damit der Verschuldung.**

---

<sup>60</sup> CIHEAM 2006, op.cit., S. 45.

<sup>61</sup> Vgl. Bessaoud et al. 2005.

### **3.1 Trendbox C: Die Trends in der wirtschaftlichen Entwicklung**

1. Trotz wirtschaftlichen Wachstums negative Handelsbilanzen: Importbedarf erhöht Verschuldung in Marokko und Tunesien.
2. Liberalisierung der Märkte bewirkt geringeren wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum.
3. Mögliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit durch verstärkte Konkurrenz für kleine und mittlere Unternehmen, Privatisierung staatlicher Betriebe und Zufluss asiatischer Arbeitskräfte.
4. Drohender Verlust von Einkommensmöglichkeiten und mangelnde Kompensationsmaßnahmen können soziale Unruhen verstärken.
5. Auswirkungen der Liberalisierung bedrohen einheimischen Agrarsektor, verursachen Preisänderungen und erhöhen den Importbedarf an Nahrungsmitteln.
6. Wachsender Einfluss nichtstaatlicher Organisationen auf dem Land verstärkt Innovationspotentiale.

### **4. Die Auswirkungen des Klimawandels: Verknappung der Boden- und Wasserressourcen und sinkende Produktivität der Landwirtschaft**

Der Klimawandel wird sich in Nordafrika insbesondere auf die Qualität und die verfügbare Menge der natürlichen Ressourcen Wasser und Land auswirken und dadurch neben der ökologischen Degradation eine Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion verursachen. Die Abnahme der Niederschläge und die gleichzeitige Temperaturerhöhung, die höhere Verdunstungsraten von Oberflächengewässern bewirkt, vermindern die verfügbaren Wasserressourcen. Die Prognosen gehen derzeit von einem Temperaturanstieg von einem Grad Celsius bis zum Jahr 2020 aus, im gleichen Zeitraum werden die Niederschläge um 5 bis 10% abnehmen. Bis zum Jahr 2050 wird sich diese Tendenz stark verschärfen: Hier wird mit einer Erwärmung um drei Grad Celsius und einer Niederschlagsabnahme von bis zu 30% gerechnet.<sup>62</sup> Diese Faktoren bewirken eine Zunahme der extremen Wetterereignisse, so dass vor allem häufigere und lang anhaltende Dürren sowie seltener aber sehr starke Niederschläge zu erwarten sind. Derartige Phänomene erhöhen insbesondere die Gefahr von Überschwemmungen, da die ausgetrockneten Böden plötzliche und starke Niederschlagsmengen nicht aufnehmen können und gleichzeitig den Erdboden festigende Pflanzen möglicherweise vertrocknet sind, so dass Erosion und Erdbeben entstehen können. Dies vermindert zum einen die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, kann aber auch den Verlust von Wohn- und Lebensraum bedeuten. Bereits im Jahr 2025 wird in Nordafrika mit einer durchschnittlichen Wasserverfügbarkeit von nur 500 m<sup>3</sup> pro Person und Jahr gerechnet, wobei einzelne Länder und Regionen unter noch extremerer Knappheit leiden können.<sup>63</sup>

---

<sup>62</sup> Und eine Abnahme von 20 bis 50% bis zum Jahr 2100. Alle Schätzungen: Rousset/Arrus 2006.

<sup>63</sup> Vgl. GTZ 2008.

### ***Ernteausfälle und geringere landwirtschaftliche Produktion erhöhen Importbedarf und Landflucht***

Die Degradation der landwirtschaftlich genutzten Böden hat bereits heute in einigen Regionen zur Folge, dass die Felder nicht mehr bewirtschaftet werden können und die Wüstenbildung voranschreitet. Dies ist beispielsweise im stark übernutzten Agrarangebiet Souss in Südmarokko zu beobachten, aber auch in anderen Gebieten am Rande der Sahara. Durch das Absinken des Grundwasserspiegels (verursacht durch Übernutzung der unterirdischen Wasserressourcen für die Landwirtschaft und den Tourismus) dringt insbesondere in Küstenregionen Salzwasser in die Böden ein. Auch diese Tendenz wird sich durch die Auswirkungen des Klimawandels zum einen wegen der geringen Wasserverfügbarkeit, zum anderen auch wegen des Anstiegs der Meeresspiegel verstärken. Die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre wird das Pflanzenwachstum in der Region Nordafrika zwar begünstigen, da jedoch gleichzeitig die Wasserverfügbarkeit stark sinken wird, wirkt sich auch dieser Trend negativ auf die Produktivität aus. Zudem birgt die prognostizierte Zunahme extremer Wetterereignisse die Gefahr, auch die Erosion der landwirtschaftlich genutzten Flächen zu begünstigen und die Produktivität weiter einzuschränken. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln und Fleisch bedingt durch das Bevölkerungswachstum und die Veränderung der Konsummuster stark zunehmen.<sup>64</sup> Sollte sich die Produktivität der Landwirtschaft nicht verbessern, wird der Importbedarf künftig stark ansteigen. Bereits heute haben Dürren unmittelbare Auswirkungen auf die Nahrungsmittelimporte. Durch die Verminderung der Niederschläge ist auch ein Rückgang der Viehzucht und damit der Fleischproduktion zu erwarten, auch hier wird der Importbedarf daher künftig wachsen. Die sinkende Produktivität der Landwirtschaft wird darüber hinaus die Arbeits- und Perspektivlosigkeit der ruralen Bevölkerung und damit die Landflucht weiter verstärken.

### ***Wachsende Marginalisierung der kleinen und mittleren Bauernbetriebe und steigende Konkurrenz um Wasserressourcen können soziale Spannungen verursachen oder verstärken***

Die Auswirkungen des Klimawandels auf das Ökosystem und die landwirtschaftliche Produktion werden durch die gerade in Entwicklungsländern geringeren Anpassungskapazitäten verstärkt. Dies erklärt auch die soziopolitische Brisanz der ökologischen Veränderungen, da Disparitäten zwischen landwirtschaftlichen Produzenten und unterschiedlichen Regionen sich weiter akzentuieren werden. Wohlhabende Landwirte mit genügender Anbaufläche und finanziellen Mitteln sind Produktionsausfällen gegenüber weniger verwundbar und können sich zudem wesentlich besser an die ökologischen Veränderungen anpassen. Der flächendeckende Einsatz wassersparender Bewässerungssysteme, die regelmäßige Verfügbarkeit von Wasser durch eigene Pump- oder Speichersysteme, technisches Know-how und die Möglichkeit, lukrative Exportprodukte anzubauen machen das wirtschaftliche Überleben dieser Produzentengruppe wahrscheinlich. Für die überwiegende Mehrheit der kleinen (<3ha) und mittleren Agrarbetriebe (<15ha) wird dagegen durch das Zusammenspiel von Auswirkungen des Klimawandels und Folgen der wirtschaftlichen Liberalisierung ein ausreichendes Einkommen durch die Landwirtschaft immer unwahrscheinlicher sein.

Innerhalb der Länder wird sich mit zunehmender Wasserknappheit voraussichtlich auch das Konfliktpotential um den Zugang zur Ressource verstärken. Die ungleichen Produktionsbedingungen der Landwirte benachteiligen zudem häufig soziale Gruppen, die auch durch ihren Lebensort oder ihren geringen sozialen Status ohnehin marginalisiert werden und können daher zur Eskalation bestehender schwelender Konflikte beitragen. Ohne die Implementierung umfassender und sektorübergreifender Strategien ist daher eine Zunahme der Spannungen

---

<sup>64</sup> Die konkreten Prognosen unterscheiden sich hier stark hinsichtlich der angenommenen Szenarien für die Entwicklung der Produktion. Das „worst-case“-Szenario für Algerien geht so beispielsweise von einem Defizit in der Getreideversorgung von zehn Millionen Tonnen aus, im besten Fall betrüge das Defizit immer noch vier Millionen Tonnen, vgl. *Ministère de l'aménagement du territoire et de l'environnement* 2001.

zwischen und innerhalb der einzelnen Sektoren (Landwirtschaft, Trinkwasserversorgung, Tourismus) auf institutioneller Ebene (Konkurrenz innerhalb der Ministerien und staatlichen Behörden), aber auch auf der lokalen Ebene der Endnutzer zu erwarten. Auch die Privatisierung der Trinkwasserversorgung mit häufig einhergehenden Preiserhöhungen hat in Algerien und Marokko bereits zu Auseinandersetzungen geführt, in Algerien sind zudem in den Sommermonaten regelmäßig gewaltsame Proteste gegen mangelnde Trinkwasserversorgung zu beobachten. Darüber hinaus werden sich bei ungenügender Abfederung der sozioökonomischen Folgen der Ressourcenknappheit in Marokko und Algerien die Konfliktpotentiale zwischen Nomaden und Sesshaften verstärken. In Marokko verursacht auch die Privatisierung ehemals öffentlicher Mineralwasserquellen Demonstrationen und eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft.<sup>65</sup> Insgesamt ergeben sich langfristig deutlich zunehmende Herausforderungen und Probleme der staatlichen Steuerungsfähigkeit in den betroffenen Ländern.

### ***Geringere und verteuerte Nahrungssicherheit, steigende Energieproduktionskosten sowie Folgen für die Gesundheit verschärfen indirekte Auswirkungen des Klimawandels***

Der Erlös aus dem landwirtschaftlichen Export, der insbesondere Marokko bedeutende Devisen einbringt, wird aller Voraussicht nach zurückgehen.<sup>66</sup> Der Wassermangel, die geringe Nahrungssicherheit und die Verbreitung ländlicher Armut werden die Migration sowohl innerhalb der Maghrebländer als auch auf transnationaler Ebene mit hoher Wahrscheinlichkeit verstärken.<sup>67</sup> Weitere Auswirkungen sind durch die indirekten Konsequenzen auf die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der Maghrebländer zu erwarten: Höherer Energiebedarf bei gleichzeitig steigenden Energieproduktionskosten, mögliche Auswirkungen auf den Tourismussektor durch höhere Wassergebühren und steigende Preise der Gemüse- und Obstwaren, ein bereits heute in Trockenzeiten deutlicher Trend. Auch der Bestand der Meeresfische wird durch den Temperaturanstieg voraussichtlich abnehmen und damit die Reduzierung einer wesentlichen Einkommensquelle in den Küstenregionen verursachen. Weiter sind gesundheitliche Folgen des Klimawandels wahrscheinlich, die bisher für die Region Nordafrika jedoch nur wenig spezifisch untersucht worden sind. Der Anstieg der Temperaturen wird in ganz Afrika beispielsweise eine Ausweitung von Malaria- und anderen Krankheitserregern zur Folge haben,<sup>68</sup> darüber hinaus ist die Ausbreitung von Krankheiten bei minderwertiger Trinkwasserversorgung durch Wasserqualitätsprobleme möglich.

Insgesamt steht dem Maghreb in den kommenden 15 Jahren also eine Verschärfung bereits vorhandener Tendenzen der ökologischen Degradation bevor, die sich in verminderter Menge der verfügbaren Ressourcen, ihrer geringeren Qualität, und der verschärften Ungleichheit in ihrer geographischen und sozialen Verteilung äußern werden. Besonders die südlichen Gebiete der drei Länder werden hiervon betroffen sein, aber auch im Zentrum und Norden der Länder werden sich die Bedingungen der Landwirtschaft stark verändern. Neben verbesserten Bewässerungsmethoden wird dies auch neue Produktionsmethoden und -schwerpunkte erfordern. Angesichts der mittelfristig unmöglichen Verhinderung dieser ökologischen Entwicklungen gibt es für die Maghrebstaaten heute zwei denkbare Anpassungsstrategien, die sich gegenseitig ergänzen: die Adaptation der landwirtschaftlichen Produktionssysteme<sup>69</sup> und der

---

<sup>65</sup> Vgl. Zainabi 2007.

<sup>66</sup> So wird für Marokko bis zum Jahr 2030 mit Rückgängen in der Gemüseproduktion von 40% gerechnet. Rousset/Arrus: op.cit., S. 2.

<sup>67</sup> Vgl. Nkomo/Nyong/Kulindwa 2007. Im südmarokkanischen Sidi Ifni drohte bereits das ganze Dorf damit, geschlossen nach Algerien überzusiedeln, falls die Regierung nichts zur besseren Entwicklung ihrer Region unternehme. Vgl. Houfaïda 2007.

<sup>68</sup> Vgl. Nkomo/Nyong/Kulindwa 2007.

<sup>69</sup> Insbesondere durch wassersparende Irrigationssysteme und die Instandhaltung defekter Versorgungsleitungen in der Landwirtschafts- und Trinkwasserversorgung könnte bis zu 20% des aktuellen Verbrauchs eingespart und weiter eine Ertragsserhöhung durch neue Anbausorten und verbesserte Anbaumethoden erreicht werden. Vgl. Rousset/Arrus, op.cit., S. 3.

schrittweise Rückzug aus der Landwirtschaft bzw. aus den stark betroffenen Regionen oder Anbausorten. Maßnahmen zur Abfederung der ökologischen wie auch der sozioökonomischen Auswirkungen des Klimawandels sind durch die technische und finanzielle Unterstützung insbesondere der kleinen und mittleren Agrarbetriebe möglich. Auch strengere Pflichtenhefte für private Investoren in der Landwirtschaft, der Industrie und im Tourismussektor hinsichtlich der ökologischen und sozialen Folgen ihrer Projekte böten Handlungsspielraum zur Vorbeugung weiterer Schäden.

Mögliche sicherheitspolitische Auswirkungen der Umweltveränderungen werden primär von den politischen und gesellschaftlichen Anpassungskapazitäten der Länder abhängen. Schlüsselfaktoren sind hierbei die Legitimität der Regierungen, die Einbindung nichtstaatlicher Akteure und die Schwächung der Glaubwürdigkeit gewaltsamer Oppositionsgruppen.<sup>70</sup>

**Ausblick: Der Klimawandel wird sich in Zukunft insbesondere auf die Produktivität der Landwirtschaft negativ auswirken. Landflucht, geringere Nahrungssicherheit und deshalb erhöhte Nahrungsimporte sind wahrscheinliche Folgen. Soziale Spannungen durch wachsende Konkurrenz um Wasserressourcen sind besonders durch die Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen und in Nomadengebieten zu erwarten. Probleme der staatlichen Steuerungsfähigkeit werden in allen drei Ländern zunehmen und erfordern spezifische Anpassungsmaßnahmen an die sozioökonomischen Auswirkungen des Klimawandels.**

#### **4.1 Trendbox D: Die Auswirkungen des Klimawandels**

1. Ernteausfälle und geringere landwirtschaftliche Produktion erhöhen Importbedarf und Landflucht.
2. Wachsende Marginalisierung der kleinen und mittleren Bauernbetriebe und steigende Konkurrenz um Wasserressourcen können soziale Spannungen verursachen oder verstärken.
3. Geringere und verteuerte Nahrungssicherheit, steigende Energieproduktionskosten sowie Folgen für die Gesundheit verschärfen die indirekten Auswirkungen des Klimawandels.

---

<sup>70</sup> Vgl. auch GTZ 2008 sowie Fröhlich/Houdret 2008.

## 5. Die Herausforderung der Machthaber durch religiöse Gruppen

### *Unzureichende staatliche Versorgung ärmerer Bevölkerungsschichten ebenso wie verbreitete Korruption stärken die Glaubwürdigkeit religiöser Opposition*

Die eigentliche Herausforderung der autoritär-geprägten Regierungen des Maghreb durch religiöse Gruppen und Parteien lässt sich nur sehr bedingt durch deren Bezug auf den Glauben erklären. Der Islam ist fester Bestandteil des Selbstverständnisses vieler Parteien und ebenso Referenz nationaler Bewegungen und der politischen Machthaber Algeriens und Marokkos selbst. Die tunesische Regierung folgt zwar dem laizistischeren Kurs des Präsidenten Ben Ali, doch auch in dieser Gesellschaft spielt die Religion eine große Rolle. Nicht die mangelnde Durchsetzung explizit religiöser Werte verschafft extremistischen Gruppen heute den Zulauf der Bevölkerung, sondern die Unzulänglichkeit der Regierungsführung. Die autoritäre Herrschaftsführung im Maghreb, die sich in Tunesien in ihrer extremsten Form äußert, macht vielerorts eine nicht-militante Opposition unmöglich, die sich dann in islamistischen Gruppen kristallisiert. Der Verschärfung sozialer Ungleichheit setzen islamische Gruppen religiöse Werte der Solidarität und der Familienverbundenheit entgegen, der verbreiteten Korruption die (behauptete) moralische Integrität ihrer Führer und der unzureichenden oder gänzlich fehlenden staatlichen Gesundheits- und Bildungssysteme ihre eigenen lokalen Institutionen. Der Zulauf zu extremistischen Gruppierungen im Maghreb ist daher direkt von der abnehmenden Glaubwürdigkeit der politischen Führungen abhängig. Die Integration moderater Parteien, die diese Strömungen kanalisieren soll, ist in den drei Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Während das tunesische Regime die Religionsausübung fast vollständig kontrolliert und jeglicher Opposition mit Repression begegnet, wird in Algerien und Marokko eine Teilintegration unter unterschiedlichen formalen und politischen Bedingungen befürwortet.

### *Legitimationsdefizite der etablierten Machthaber und die Verstärkung der Repressionen gegen illegale religiöse Gruppen erhöhen die Bedeutung integrierter moslemischer Parteien*

Ähnlich wie im Fall der Öffnung gegenüber der Zivilgesellschaft versuchen die Herrscher bei der Integration religiöser Oppositionsparteien ihre Macht langfristig zu sichern, indem sie Arbeitsplätze und repräsentative Funktionen gegen die Aufgabe politischer Forderungen der Parteien tauschen. Angesichts der auch künftig zu erwartenden Zunahme religiös geprägter Forderungen und Lebensweisen im Maghreb und der gleichzeitig anhaltenden Repression illegaler Opponenten wird dieser Kooptationsstrategie in Zukunft eine hohe Bedeutung zukommen.<sup>71</sup> Die integrierten extremistischen Gruppierungen stellen langfristig vielleicht sogar eine größere Herausforderung für die Regime dar, als die bewaffneten religiösen Extremisten, da sie einen bedeutend höheren Rückhalt bei der Bevölkerung genießen. Die Machthaber Marokkos und Algeriens befinden sich in einem steten Verhandlungsprozess mit den religiös-politischen Führern. Ihnen wird eine begrenzte Partizipation an politischen Prozessen (und entsprechenden Ressourcen) eingeräumt, wenn sie Loyalität geloben und ihre Forderungen begrenzen. In Marokko hat die integrierte islamistische Partei PJD (*Parti de la Justice et du Développement*) bei den Parlamentswahlen 2007 erheblich schwächer als erwartet abgeschlossen. Der Trend geht hier mittelfristig zur Etablierung der Partei, die vermutlich jedoch weiterhin moderate Positionen vertreten wird, einerseits um ihre Legalität und ihre Beziehung zu den Machthabern nicht zu gefährden,<sup>72</sup> andererseits weil die Bevölkerung Marokkos einer Radikalisierung überwiegend ablehnend gegenübersteht. Sollte die Partei das Bild moderater und integrierter politischer Führung nicht aufrechterhalten können und damit die in sie gesetzten

---

<sup>71</sup> Zu Risiken und Chancen der Integration vgl. auch Asseburg 2007.

<sup>72</sup> Die PJD erkennt die oberste politische und religiöse Autorität des Königs ausdrücklich an und hat auch in den drei großen Städten, in denen sie seit 2005 die Bürgermeister stellt, keine extremen Positionen vertreten oder entsprechende Entscheidungen umgesetzt.

Erwartungen enttäuschen, ist die Entwicklung radikalerer Oppositionsgruppen inner- und außerhalb des politischen Systems zu erwarten.

In Algerien bestehen seit nunmehr zehn Jahren unterschiedliche Erfahrungen mit der Einbindung islamistischer Parteien. Diese sind teilweise derart in das System integriert, dass sie schon nicht mehr als Opposition wahrgenommen werden (*Mouvement de la Société pour la Paix*, MSP) oder unter Zersplitterung und Korruptionsvorwürfen leiden (*Mouvement de la Réforme Nationale*, MRN). Andererseits hat die versuchte Reintegration ehemaliger Kämpfer der *Front Islamique du Salut* (FIS) im Rahmen der Versöhnungsinitiativen von 1999 und 2005 nur zu bedingtem Erfolg geführt, so dass neben den legalen religiösen Parteien und den illegalen, nicht gewaltsamen Bewegungen weiter militante Gruppen bestehen. Die Perspektiven hängen insofern stark von der Möglichkeit einer stärkeren Integration dieser Strömungen, oder im Gegenteil, deren Isolierung von der Bevölkerung ab. In Tunesien stellt sich diese Frage grundsätzlich anders, da bisher religiöse Bewegungen nur im eng definierten, staatlich kontrollierten Bereich der Moscheen zugelassen sind. Eine Perspektive für die Integration explizit religiöser Parteien ist zumindest unter dem derzeitigen Präsidenten schwer vorstellbar. Die voraussichtlich auch in Zukunft konsequente Repression aller Oppositionsbewegungen kann dazu führen, dass sich auch nicht-militante Gruppen bewaffneten Bewegungen anschließen, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen und Zugang zu den Ressourcen illegaler Gruppen zu bekommen.

Sowohl die ehemals militanten Gruppen als auch bisher nicht gewaltbereite Gruppierungen werden in Zukunft angesichts der zu erwartenden Verstärkung der Repressionen versuchen, innerhalb des politischen Systems zu agieren. Das Beispiel Algeriens hat gezeigt, dass eine grundsätzliche Ausschließung dieser Gruppierungen vom politischen System zur Verstärkung und Militarisierung des Oppositionspotentials führen kann. Die Perspektiven für die Einbindung extremer, religiös geprägter Parteien in die Regierungen sind daher zwiespältig. Eine Schlüsselfrage der Integrationsfähigkeit besteht in der Qualität der Regierungsführung. Gelingt es den Regierungen, erhöhte Partizipation und vor allem stärkere Transparenz durchzusetzen, so werden sich auch diese Parteien daran messen lassen müssen, was im Fall der algerischen MSP beispielsweise bereits zu deren teilweisen Diskreditierung geführt hat.

### ***Religiöse Extremisten bekommen durch Allianzen mit transnationalen kriminellen Netzwerken mehr Handlungsspielraum und Schlagkraft***

Die extremistischen und militanten unter den religiösen Oppositionsgruppen verfügen bereits heute über Zugang zu landesübergreifenden Netzwerken, die ihnen eine internationale finanzielle Unterstützung und ausgereifte Planungs- und Kommunikationsstrukturen ermöglichen. Enge Kontakte zu internationalen kriminellen Netzwerken, die sich über Menschenhandel, Schmuggel oder Geldwäsche finanzieren, helfen Islamisten, Waffen zu erwerben und Attentäter zu schleusen.<sup>73</sup> Die Kapazitäten der militanten Gruppen, sich trotz starker Überwachung zu organisieren, wurden bei den Anschlägen und unvorhergesehenen Explosionen dieses Jahres in allen drei Ländern deutlich. Ausgerechnet im Überwachungsstaat Tunesien stießen die Sicherheitskräfte im Januar 2007 zufällig bei einer Verkehrskontrolle auf schwer bewaffnete Islamisten, bei den folgenden Gefechten kamen wie bereits im Dezember 2006 auf beiden Seiten mehrere Menschen ums Leben. Die im Januar 2007 aus der *Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf* (GSPC)<sup>74</sup> in Algerien hervorgegangene *Al Qaida im Islamischen Maghreb* (AQIM) rekrutiert unter algerischer Führung neue Kämpfer für den Irak, mobilisiert aber auch für den Kampf in Europa und im Maghreb selbst. Dort ist die Unterstützung der Bevölkerung insbesondere durch die Attentate der Al Qaida und anderer extremistischer Gruppen zwar deutlich zurückgegangen, und die Jahre des Bürgerkriegs in Algerien sind gleicherma-

---

<sup>73</sup> Vgl. Gration 2006

<sup>74</sup> Die GSPC spaltete sich Ende der 1990er Jahre von der algerischen *Groupe Islamique Armée* (GIA) ab. Mehrere Zellen der GSPC sind in Frankreich und anderen europäischen Ländern enttarnt worden.

Ben ein Schreckensbild für die Einwohner aller drei Länder. Dennoch ist die Wirkung der umfangreichen Medien- und Unterstützerkampagnen der AQIM nicht zu unterschätzen.<sup>75</sup> Die Rückzugsgebiete der GSPC in der Sahara werden so zunehmend als Ausbildungslager für Kämpfer aus Marokko, Libyen und Tunesien genutzt.<sup>76</sup> Neben diesen militanten Gruppen gibt es jedoch in allen drei Ländern auch nicht legalisierte Gruppen, die eine Integration in das politische System anstreben (mehrere Teilgruppierungen der verbotenen algerischen *Front Islamique du Salut*) oder sich explizit außerhalb des politischen Systems positionieren, ohne bisher jedoch gewaltsam zu agieren (wie die marokkanische *Al Adl Wal Ihsan*).

Eine weitere Vertiefung der Kooperation zwischen kriminellen und fundamentalistischen Netzwerken wird in Zukunft auch von der regionalen Kooperation abhängen. Die fehlende Überwachung der Grenzen sowohl zwischen den Maghrebstaaten als auch zu ihren südlichen Nachbarn ermöglicht Allianzen mit kriminellen Gruppen in der Wüste Mauretaniens und Malis. Weiter wird sowohl die Ausbreitung krimineller und islamistischer Netzwerke als auch die Migration von der Instabilität in anderen Ländern wie dem an Libyen angrenzenden Tschad und Sudan abhängen.

### ***Rückzugsgebiete und Trainingscamps der Al Qaida können sich durch mangelnde Grenzüberwachung ausweiten***

Neben den integrationsbereiten Bewegungen werden sich voraussichtlich die Aktivitäten der *Al Qaida* weiter radikalieren, ihre Rekrutierung von Kämpfern für Afghanistan und den Irak ausweiten und die bisherigen Rückzugsgebiete in der südlichen Sahara verstärkt zur Etablierung von Ausbildungscamps nutzen. Die Gefahr ist hier insbesondere, dass Rückkehrer aus dem Irak und Afghanistan bestehende Gruppen verstärken und von der Sahara aus Anschläge im Maghreb und in Europa durchführen. Auch Anschläge auf US-amerikanische Einrichtungen wie den geplanten Sitz des Oberkommandos der US-Streitkräfte für Afrika, AFRICOM, der auch die sog. *Trans-Sahara Counter Terror Initiative* unterstellt ist, sind denkbar.<sup>77</sup> Die Beziehungen zwischen der politischen und militärischen Führung Algeriens und Entscheidungsträgern der USA sind hierbei jedoch komplex und die Interessen beider lassen sich nicht auf die Bekämpfung des Terrorismus reduzieren. Wie in anderen Teilen der Welt dient diese häufig als Argument für den Zugang zu umfangreicher finanzieller und militärischer Unterstützung, deren Einsatz nicht unumstritten ist und im Zweifel die Missachtung von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten unterstützen und legitimieren kann.<sup>78</sup>

Auch radikale Aktivisten der *Al Qaida* sind für die strategische Nutzung des Maghreb auf einen Rückhalt durch die Bevölkerung angewiesen. Bisher wehrt sich die überwiegende Mehrheit der Marokkaner, Algerier und Tunesier gegen eine solche Radikalisierung und die damit verbundene Gewalt, wenngleich die durch *Al Qaida* instrumentalisierte Unzufriedenheit über autoritäre Regime und deren Stützung durch westliche Regierungen vielfach geteilt wird. In Tunesien wird sich die in 2006 und 2007 deutlich gewordene Radikalisierung religiöser Bewegungen aller Voraussicht nach verstärken, insofern seit mehr als 15 Jahren keine legale islamische Partei oder eine andere Oppositionsgruppe zugelassen ist, die diese Strömungen kanalisieren und integrieren könnte.

### ***Die Legitimität demokratischer Institutionen ist ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung der radikalen Islamisten***

---

<sup>75</sup> Für eine fundierte Analyse dieser Strategien vgl. Guidière 2007.

<sup>76</sup> Vgl. auch Steinberg/Werenfels 2007.

<sup>77</sup> Die 2006 umgesetzte Initiative verfügt über etwa 200 Millionen €um in den kommenden 6 Jahren, z.B. für spezielles Training der nordafrikanischen Armeen.

<sup>78</sup> Vgl. Keenan 2005 und ICG 2005.

Angesichts der fehlenden Legitimität der Repräsentanten demokratischer Prinzipien wird sich der Trend einer zunehmenden Bezugnahme auf religiöse Werte aller Voraussicht nach fortsetzen. Demgegenüber würde erhöhte Repression nach einer vorübergehenden Akzeptanz der „Null-Toleranz-Diskurse“ aller Wahrscheinlichkeit nach in den drei Ländern des Maghreb zu verstärkt gewaltsamer Opposition führen. Die Missachtung der Menschenrechte und grundlegender Bürgerfreiheiten im Namen der Bekämpfung des Terrorismus wirkt sich auch im Maghreb negativ auf die Glaubwürdigkeit der politischen Führung und der internationalen Zusammenarbeit aus. Stattdessen ist eine differenzierte Sichtweise gerade auch der westlichen Regierungen erforderlich, um Handlungsspielräume religiöser Parteien in demokratischen Strukturen präziser abzuschätzen. Denn demokratische Grundsätze wie gute Regierungsführung, partizipative Entscheidungsprozesse und Rechtsstaatlichkeit widersprechen nicht der islamischen Religion oder der Auslegung von Koran und Scharia *per se*. Vielmehr dient gerade etablierten Machthabern die Berufung auf religiösen Extremismus der Opposition dazu, diesen Forderungen mit Repression zu begegnen, um die eigenen Interessen und „demokratischen“ Strukturen nicht zu gefährden. Auch die Verfassungsänderungen zur Mandatsverlängerung des tunesischen Präsidenten Ben Ali, die 2006 auch der algerische Präsident Bouteflika anstrebte, aber bisher nicht realisierte, dient nicht der Überzeugungskraft demokratischer Systeme. Der Schlüsselfaktor der Entwicklung radikaler religiöser Strömungen, ob innerhalb des politischen Systems oder außerhalb, ist daher deren Legitimation bei der Bevölkerung, die nur durch eine Verbesserung der strukturellen Ungleichheiten geschwächt werden kann.

**Ausblick: Willkürliche Repression, mangelnde Verteilungsgerechtigkeit und die Ausbreitung internationaler Netzwerke der Kriminalität und des Terrorismus werden auch in Zukunft radikale religiöse Bewegungen stärken. Glaubwürdige und handlungsfähige legale Oppositionsgruppen werden dagegen die Unterstützung dieser Extremisten stark vermindern und bekommen deshalb auch für die Machthaber zunehmende Bedeutung.**

### 5.1 Trendbox E: Der Einfluss religiöser Gruppen

1. Unzureichende staatliche Versorgung ärmerer Bevölkerungsschichten ebenso wie verbreitete Korruption stärken die Glaubwürdigkeit religiöser Opposition.
2. Legitimationsdefizite der etablierten Machthaber und die Verstärkung der Repressionen gegen illegale religiöse Gruppen bewirken eine zunehmende strategische Bedeutung integrierter moslemischer Parteien.
3. Religiöse Extremisten bekommen durch Allianzen mit transnationalen kriminellen Netzwerken mehr Handlungsspielraum und Schlagkraft.
4. Rückzugsgebiete und Trainingscamps der Al Qaida können sich durch mangelnde Grenzüberwachung ausweiten.
5. Willkürliche, repressive Sicherheitspolitik und die Diskreditierung demokratischer Entscheidungsstrukturen verstärken die Radikalisierung der moderaten Bevölkerung.
6. Die Legitimität demokratischer Institutionen ist ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung der radikalen Islamisten.

## 6. Die Verstärkung der Migration: Der Maghreb als Ursprungs- und Transitregion

### *Stark zunehmende Migration vor allem aus Subsahara-Afrika verschärft den Bedarf an neuen Gesetzen und expliziter Migrationspolitik*

Die Zahl der Flüchtlinge, die über Nordafrika nach Spanien, Italien und Griechenland flüchten, hat seit 2004 drastisch zugenommen. Bei dem Versuch, in die Europäische Union zu gelangen sind zudem bis Anfang 2007 fast neuntausend Menschen gestorben.<sup>79</sup> Seit dem Versuch der gewaltsamen Erstürmung der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Jahr 2005 ist die Aufmerksamkeit der EU-Staaten für die Flüchtlingsproblematik gestiegen, im gleichen Jahr eröffnete auch der UNHCR ein Büro in Rabat.<sup>80</sup> 2006 organisierte der UNHCR eine Regionalkonferenz zu dem Thema in Mauretanien, bisher gibt es jedoch weder seitens der Maghrebstaaten noch der EU eine kohärente Strategie zum Umgang mit diesem Problem. Hinzu kommt, dass der Status eines Einwanderungslands für die Länder Nordafrikas mit der Ausnahme Libyens relativ neu ist, so dass auch die legalen Bestimmungen diesbezüglich erst langsam angepasst und neue Institutionen geschaffen werden. Die vor allem in Marokko, aber auch in Algerien, Libyen und Tunesien zunehmende Anzahl der Migranten<sup>81</sup> setzt sich aus drei Gruppen zusammen, die über den Seeweg nach Europa gelangen wollen oder versuchen, in die spanischen Enklaven in Marokko einzudringen: Den Afrikanern, die häufig aus Ländern der Subsahara stammen, Asiaten, die über Schlepperbanden in die Region geschleust werden, und schließlich den Nordafrikanern selbst. Am stärksten ist das mit 12 Kilometern der europäischen Küste am nächsten liegende Marokko von dieser Entwicklung betroffen. In dem Büro der UNHCR in Rabat werden seit 2005 pro Monat rund 100 hauptsächlich aus Subsahara-Afrika stammende Asylbewerber registriert, von denen bisher jedoch nur ein geringer Anteil (17%) den Flüchtlingsstatus zuerkannt bekam. Die Zahl der zusätzlichen, nicht registrierten Flüchtlinge wird auf rund 10.000 geschätzt. Drei wesentliche Faktoren werden die Trends der Migration in den kommenden 10 Jahren bestimmen: Die Zunahme der Anzahl der Migranten, die zunehmende Diversifizierung dieser Menschen hinsichtlich ihrer Herkunft, ihres Alters und ihrer Qualifikationen, und die Ausbreitung der kriminellen Netzwerke und Aktivitäten, die durch den unsicheren legalen und physischen Status der Flüchtlinge begünstigt werden.

### *Mangelnde innenpolitische Maßnahmen bewirken illegale Beschäftigung sowie schlechte Lebensbedingungen und bedrohen mittelfristig die innenpolitische Stabilität*

Neben dem erhöhten Druck auf die EU-Anrainerstaaten des Mittelmeers verursacht die Migration auch innenpolitische Spannungen im Maghreb, die durch repressive Maßnahmen der Sicherheitskräfte weiter zunehmen. Innerhalb Marokkos sammeln sich in der Grenzregion zu Algerien zahlreiche Flüchtlinge, die die seit 2005 noch stärker gesicherten Grenzen zu den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla überwinden wollen oder auf dem Weg zur Atlantikküste sind. Daneben haben sich viele Migranten auch in und um die Städte Casablanca und Tanger niedergelassen, andere verstecken sich aus Angst vor der Abschiebung in den Wäldern entlang der Mittelmeerküste. Bisher ist die marokkanische Regierung nicht bereit, auf die Forderungen des UNHCR, der Europäischen Union und zahlreicher NGOs einzugehen, allgemeines Asylrecht zu gewähren. Es dominiert vielmehr eine repressive Strategie, indem Flüchtlinge in den Wald- und Stadtgebieten systematisch gejagt und vertrieben oder über die

---

<sup>79</sup> Nach Angaben der NGO United for Intercultural Action, 2007.

<sup>80</sup> Das vorher bereits bestehende aber wenig handlungsfähige Büro in Casablanca wurde geschlossen.

<sup>81</sup> Nach Angaben des UNHCR befinden sich in Algerien neben 4.000 palästinensischen Flüchtlingen und mehreren großen Lagern für die Flüchtlinge der Westsahara etwa 600 Migranten aus den Staaten südlich der Sahara. In Libyen sind 12.600 Migranten vom UNHCR erfasst, in Tunesien etwa 160 Personen. Diese Zahlen betreffen jedoch nur die registrierten Flüchtlinge, die Schätzungen bezüglich der illegalen, nicht-registrierten Personen sind höher: 65 bis 80.000 Personen im gesamten Maghreb, davon 6 bis 15.000 in Marokko, 2.000 in Tunesien, zwischen 50 und 150.000 in Algerien und 750.000 bis 1,2 Millionen in Libyen. Vgl. Lahlou 2003.

algerische Grenze abgeschoben werden.<sup>82</sup> Obwohl Marokko die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat, werden von dort weiterhin auch politische Flüchtlinge und schwangere Frauen in die Wüste nach Algerien oder Mauretanien abgeschoben. Internationale NGOs, darunter vor allem *Ärzte ohne Grenzen*, haben medizinische Versorgungsstationen eingerichtet und versuchen auch, die meist nächtlichen Verschleppungsaktionen durch die marokkanischen Behörden zu recherchieren und zu dokumentieren. Im Jahr 2007 haben sich zum ersten mal die Migranten selbst öffentlich mobilisiert und im Mai mit etwa 70 Flüchtlingen ein Sit-in vor dem Büro des HCR in Rabat organisiert, um gegen ihre illegale Situation zu protestieren. Ihre Demonstration mit Forderungen nach Arbeitserlaubnissen sowie Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildungseinrichtungen<sup>83</sup> wurde nach einer knappen Woche von marokkanischen Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst.

Die Konventionen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit den nordafrikanischen Ländern stellen neben der Genfer Flüchtlingskonvention die einzigen legalen Mittel zum Schutz der Migranten dar. Sie streben die Stärkung der Rechte der legalen Arbeitskräfte an sowie eine Bekämpfung der illegalen Beschäftigung, aber auch eine Stärkung der Grundrechte dieser Personengruppe an. Sollte es Organisationen wie der ILO, dem UNHCR und den verschiedenen NGOs nicht gelingen, die Rechte der Flüchtlinge auf medizinische Versorgung, Notunterkünfte sowie Zugang zum Arbeitsmarkt auch auf staatlicher Ebene durchzusetzen, sind weitere gewaltsame Ausschreitungen wie im Jahr 2005 in Marokko zu erwarten. Neben der Verbesserung der Flüchtlingsversorgung und dem Respekt der Genfer Konvention gehört hierzu auch eine Anerkennung der dauerhaft im Maghreb lebenden Migranten. Eine weitere Zunahme der Flüchtlingsbevölkerung ist in den drei Maghrebländern unter den gegebenen schlechten Bedingungen (mangelnde Versorgung, Unterkunft und Klärung des legalen Status) auch innenpolitisch höchst problematisch. Sie erhöht nicht nur die illegalen Beschäftigungsverhältnisse, sondern kann auch zu sozialen Spannungen und Auseinandersetzungen führen. Anders als in Marokko hat es in Algerien (in den Jahren 1999/2000) und Libyen (2000)<sup>84</sup> auch Ausschreitungen der Bevölkerung gegen Migranten gegeben, wobei in Libyen 130 Menschen starben und Tausende Flüchtlinge ausgewiesen wurden.

### ***Die Etablierung von Flüchtlingsökonomien und Schleuserbanden sowie das Ausweichen auf gefährlichere Transitrouten tragen zur regionalen Destabilisierung bei***

Neben den kriminellen Schleuserbanden hat sich innerhalb Marokkos auch eine eigene Flüchtlingsökonomie etabliert, die durch die fehlende Arbeitserlaubnis der Migranten und die Netzwerke der sog. „chairmen“, die die informellen Notunterkünfte verwalten, genährt wird. Die Migranten verfügen, selbst wenn ihnen der internationale Flüchtlingsstatus durch den HCR anerkannt wurde, über wenig Unterstützung und sind in permanenter Unsicherheit, Übergriffen durch marokkanische Sicherheitskräfte und kriminelle Banden ausgesetzt, die ihnen die Papiere, Geld und Mobiltelefone abnehmen und gewalttätig sind. Zahlreiche Frauen berichten außerdem von Vergewaltigungen und Nötigung durch die Schleuserbanden.<sup>85</sup> Seit der verstärkten Kontrolle der Grenzregionen in Marokko haben sich die Flüchtlingsströme weiter in den Süden verlagert. Viele Boote brechen deshalb heute auf noch gefährlichere und weitere Strecken auf, um von Westafrika auf die Kanaren zu gelangen.<sup>86</sup> Mauretanien und Senegal sind hiervon am stärksten betroffen. Auch die Herkunftsländer der Flüchtlinge diversifizieren sich zunehmend. Trotz der verstärkten Sicherung der Grenzen Richtung Europa ist in den vergangenen drei Jahren eine Zunahme der Flüchtlinge aus dem Irak, Palästina und

---

<sup>82</sup> MSF 2007.

<sup>83</sup> Vgl. Izdine 2007.

<sup>84</sup> Haddad 2005.

<sup>85</sup> Vgl. Médecins sans Frontières Espagne 2005.

<sup>86</sup> Allein zwischen Juni und Oktober 2006 sind rund 19.000 Flüchtlinge auf den Kanarischen Inseln angekommen, zahlreiche andere sind auf dem Weg dorthin verunglückt oder wurden von dem mobilen Einsatzkommando EU „HERA“ oder nationalen Sicherheitskräften wieder zurückgedrängt. Vgl. Frontex 2006.

Ägypten, Somalia, Pakistan und Sri Lanka zu beobachten.<sup>87</sup> Die per Definition transnationale Organisation der Migration bedroht durch den zunehmenden Einfluss der kriminellen Netzwerke die regionale Stabilität, wobei immer stärker auch Länder über den Maghreb hinaus betroffen sind.

### ***Die Bedeutung migrationspolitischer Maßnahmen als „Tauschgut“ in den Beziehungen zu EU-Ländern steigt weiter***

Die Zahl der Migranten aus Subsahara-Afrika und aus dem Maghreb wird mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter zunehmen, diesen Trend belegen sowohl die Statistiken der Länder Nordafrikas<sup>88</sup> wie auch die Berichte von NGOs. Die finanziellen und technischen Hilfen an die Maghrebstaaten durch die EU, vor allem um die Grenzsicherung im Norden zu verbessern, reichen für eine substantielle Verbesserung der Sicherung der langen südlichen Grenzen der Länder nicht aus.<sup>89</sup> Eine bi- und multilaterale Süd-Süd-Kooperation zwischen den nordafrikanischen Staaten ist teilweise bereits implementiert,<sup>90</sup> könnte aber durch eine explizite Integration in einen gesamtregionalen Ansatz gewinnbringend ausgebaut werden.<sup>91</sup> Eine verbesserte Koordination durch zweckgebundene Mittelvergabe der EU könnte vor allem die Aspekte der Rechte und des Schutzes der Migranten erheblich verbessern, da sich diese Abkommen bisher nur auf die repressiven Aspekte konzentrieren. Als effektive Regionalinitiative erweist sich derzeit der sogenannte „5+5 Dialog“, ein Zusammenschluss der von den Flüchtlingsbewegungen am stärksten betroffenen Mittelmeeranrainerstaaten.<sup>92</sup>

Angesichts des prognostizierten Anstiegs der Flüchtlinge nach Europa insbesondere über den Meeresweg, wird bei einer weiter fehlenden europäischen Migrationspolitik auch die Instrumentalisierung dieser Probleme durch die nordafrikanischen Staaten zunehmen. Libyen hatte seine Grenzen zu mehreren afrikanischen Ländern 1998 demonstrativ geöffnet und Italien wie auch der EU deutlich gemacht, dass es trotz des damals noch geltenden Embargos ein unumgänglicher Verhandlungspartner ist. Auch Algerien und Marokko handeln in bilateralen Abkommen Abschiebepolitiken gegenüber den subsaharischen Flüchtlingen aus, um im Austausch für die Einwanderer aus ihren eigenen Ländern eine bevorzugte Behandlung und Legalisierung zu erreichen.<sup>93</sup> Dies könnte von der EU dazu genutzt werden, die entwicklungspolitische Komponente gegenüber der sicherheitspolitischen Dimension der Flüchtlingspolitik stärker zu implementieren.

### ***Der Geldtransfer von Migranten aus Europa nimmt als Devisenquelle und Einkommenssicherung weiter zu***

Neben den negativen Seiten der illegalen Migration in und aus den Maghrebländern hat zumindest die legale Migration nach Europa positive Rückwirkungen auf die Ursprungsländer. Über 8 Millionen Personen aus nordafrikanischen Ländern leben heute in anderen Ländern, darunter 4,7 Millionen in Europa und 2,4 Millionen in den arabischen Golfstaaten. Marokko stellt mit 3,1 Millionen Auswanderern den größten Anteil, Algerien verzeichnet 1,4 Millionen

---

<sup>87</sup> Vgl. Saïb (a) 2005.

<sup>88</sup> Vgl. Euro-Mediterranean Consortium for Applied Research on International Migration 2006.

<sup>89</sup> Im Rahmen eines Abkommens zur Verbesserung der technischen Ausrüstung an den Grenzen und der Humankapazitäten vereinbarte die EU mit Marokko in 2005 für die folgenden Jahre ein Projektpaket im Gesamtwert von 40 Millionen € Vgl. European Commission 2005.

<sup>90</sup> Beispielsweise verschiedene Abkommen zwischen Algerien mit Tunesien und Mauretanien sowie mit Nigeria, Mali und Libyen, weiter bestehen auch grenzüberschreitende nichtstaatliche Kontakte durch den Gewerkschaftsverband USTMA.

<sup>91</sup> Für einen umfassenden Überblick zu den Politikansätzen der EU in diesem Bereich vgl. Bendiek 2005.

<sup>92</sup> Tunesien, Algerien, Marokko, Libyen und Mauretanien sowie Frankreich, Spanien, Italien, Portugal und Malta.

<sup>93</sup> Vgl. Perrin op.cit., S. 66.

und Tunesien 840.000 Auswanderer.<sup>94</sup> Die transferierten Geldsummen<sup>95</sup> von Migranten aus Tunesien, Algerien und Marokko werden zwar hauptsächlich für den Familienunterhalt und Bauvorhaben (Eigenbedarf) eingesetzt, tragen aber auch zur Finanzierung von Schulbildung und dem Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen bei.<sup>96</sup> Sowohl in Marokko als auch in Algerien sind in den letzten Jahren verstärkt Bemühungen der Regierung zu beobachten, diese Investitionen auch gezielter in lokale Entwicklungsprojekte oder den Aufbau von Betrieben zu lenken. In Südmarokko zeigt eine Initiative der NGO „Migration et Développement“, die Geld von im Ausland lebenden Marokkanern aus der Region in Entwicklungsprojekte für über 700 Dörfer steckt, gute Ergebnisse. Eng verknüpft mit diesen Bemühungen um die eigene emigrierte Bevölkerung ist auch die zunehmend relevante Suche nach Strategien zur Vermeidung der Migration gut ausgebildeter junger Menschen („brain drain“), die zwar die im afrikanischen Vergleich sehr gute Ausbildung im Maghreb nutzen, ihre Kapazitäten jedoch dann in Europa oder Amerika einsetzen.

### ***Die größere Zahl an frei werdenden Arbeitsplätzen in Europa böte Perspektiven für die EU-Migrationspolitik***

Studien der Europäischen Kommission zeigen, dass auf dem europäischen Arbeitsmarkt aufgrund der demographischen Entwicklung zwischen 2010 und 2030 bis zu 20 Millionen Arbeitsplätze frei werden.<sup>97</sup> Gleichzeitig weisen die Studien der offiziellen wie auch der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Maghreb darauf hin, dass ein großer Teil der Flüchtlinge aus dem nördlichen und aus dem südlichen Afrika durch mindestens eine Schulbildung, in den meisten Fällen aber auch eine Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium qualifiziert ist. Hier bestünde durch eine koordinierte Migrationspolitik der EU die Chance, durch transparente Einwanderungsprozesse den Migrationsdruck zu lindern und offene Stellen in Europa qualifiziert zu besetzen. Bisher gibt es zwar erste Ansätze einer gemeinsamen Migrationspolitik, jedoch ist es noch nicht zu einer verbindlichen Strategie der 25 Mitgliedsstaaten gekommen. Zwischenzeitlich haben insbesondere Spanien und Italien mehrere bilaterale Verträge mit Marokko, Algerien und Tunesien abgeschlossen, die teilweise Aspekte der europäischen „Drittstaatenregelung“ aufgreifen, ohne jedoch den strengeren Kriterien der EU-Regelungen zu entsprechen.<sup>98</sup> Die wenigen im Maghreb derzeit existierenden Gesetze zum Umgang mit Flüchtlingen werden weitgehend als unzureichend kritisiert und sehen keine Einbeziehung der Zivilgesellschaft oder der internationalen Organisationen wie des UNHCR vor.<sup>99</sup>

### ***Steigender Daueraufenthalt der Flüchtlinge im Maghreb wegen wachsender Grenzkontrollen im Norden, möglicherweise weniger Migrationsdruck ab 2020 wegen der Auswirkungen des demographischen Wandels***

Die Grenzen zwischen dem Maghreb und Europa werden immer stärker überwacht, während die Grenzen zwischen den Maghrebstaaten untereinander wie auch ihrer Südgrenzen weiterhin weniger stark gesichert sein werden. Dies wird zur Folge haben, dass immer mehr Flüchtlinge sich im Maghreb niederlassen, da dies im Vergleich zu einer Rückkehr in ihre instabilen Ursprungsländer als bessere Option gesehen wird. Die Beschäftigung vieler illegaler Einwanderer zu geringen Löhnen sowie die Schmuggelaktivitäten werden von lokalen Unternehmern

---

<sup>94</sup> Vgl. de Haas 2007.

<sup>95</sup> Für 2003 wurden in Algerien allein von der Nationalbank Transfers von algerischen Migranten im Wert von über einer Milliarde Dollar registriert. In Marokko wurden 2006 über 3 Milliarden Euro von im Ausland lebenden Marokkanern überwiesen (vgl. Benmansour 2008).

<sup>96</sup> Vgl. ILO 2005 und Saïb (a) 2005.

<sup>97</sup> Vgl. Radwan/Reiffert 2006.

<sup>98</sup> Italien wurde vom Europäischen Parlament vorgeworfen, durch bilaterale Abkommen mit Libyen eine große Anzahl afrikanischer Flüchtlinge in eine ungewisse Zukunft dorthin abzuschieben und insbesondere Menschenrechtsverletzungen in diesem Zusammenhang zu ignorieren. Vgl. Perrin 2005.

<sup>99</sup> Vgl. Perrin op.cit.

genutzt und werden auch deshalb weiterhin politisch schwer zu bekämpfen sein. Die Zunahme der Migration wird auch durch die immer bessere technische Ausstattung der kriminellen Netzwerke gestützt. Seitens der EU-Länder wird vor allem die temporäre Migration durch begrenzte Arbeitsverträge, wie beispielsweise für die Erntezeit, als Lösung im beidseitigen Interesse präsentiert. Die Bedeutung derartiger Arbeitsverträge wird voraussichtlich zunehmen, jedoch genügen diese Maßnahmen in Zukunft wahrscheinlich nicht, um illegale Einwanderung substantiell zu reduzieren. Der demographische Wandel könnte ab 2020 allerdings zu Veränderungen beitragen. Ab etwa 2015 und noch stärker 2020 werden sich Beobachtern zufolge die ab den 1970er Jahren sinkenden Fertilitätsraten auf den Arbeitsmarkt auswirken.<sup>100</sup> Eine wachstumsorientierte Entwicklung der Wirtschaft vorausgesetzt könnte die Arbeitslosigkeit in den Maghrebländern zu diesem Zeitpunkt stark sinken und so auch der Migrationsdruck abnehmen.

**Ausblick: Durch die Folgen des Klimawandels und politischer Instabilität wird in naher bis mittlerer Zukunft die Anzahl der Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika im Maghreb weiter zunehmen. Kriminelle Strukturen, die aus der unsicheren Lebenssituation der Migranten resultieren, werden sich bei ungenügenden legalen und politischen Maßnahmen weiter ausbreiten. Eine verstärkte Sicherung der Grenzen wird sowohl die regionale Ausdehnung als auch die Anzahl der Todesfälle und die Gewaltbereitschaft erhöhen. Das gemeinsame Interesse am Migrationsproblem wird die regionale Kooperation wie auch die Zusammenarbeit der Maghrebländer mit der EU erleichtern, sofern neben den sicherheits- auch entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigt werden.**

#### **6.1 Trendbox F: Die zunehmende Migration**

1. Stark zunehmende Migration vor allem aus Subsahara-Afrika verschärft den Bedarf an neuen Gesetzen und expliziter Migrationspolitik.
2. Mangelnde innenpolitische Maßnahmen bewirken illegale Beschäftigung sowie schlechte Lebensbedingungen und bedrohen mittelfristig die innenpolitische Stabilität.
3. Die Etablierung von Flüchtlingsökonomien und Schleuserbanden sowie das Ausweichen auf gefährlichere Transitrouten tragen zur regionalen Destabilisierung bei.
4. Die Bedeutung migrationspolitischer Maßnahmen als „Tauschgut“ in den Beziehungen zu EU-Ländern steigt weiter.
5. Der Geldtransfer von Migranten aus Europa nimmt als Devisenquelle und Einkommenssicherung weiter zu.
6. Die größere Zahl an frei werdenden Arbeitsplätzen in Europa böte Perspektiven für die EU- Migrationspolitik.
7. Mittelfristig ist ein steigender Daueraufenthalt der Flüchtlinge im Maghreb wegen wachsender Grenzkontrollen im Norden zu erwarten. Jedoch wird der Migrationsdruck ab 2020 aufgrund der Auswirkungen des demographischen Wandels wieder nachlassen.

---

<sup>100</sup> Vgl. de Hass 2007.

## **7. Regionale Kooperation: Neue Perspektiven durch gemeinsame Herausforderungen und Bewegung in der Sahara-Frage?**

Die regionale Kooperation im Maghreb ist seit Jahren vor allem von den Debatten um ihr Fehlen geprägt. Dies bezieht sich jedoch im Wesentlichen auf multilaterale Abkommen und Organisationen, während auf bilateraler Ebene und im Rahmen internationaler Institutionen wie der EU durchaus Fortschritte zu beobachten sind. Darüber hinaus werden jenseits der politischen Zerwürfnisse sicherheitspolitische Probleme, wie transnationale Netzwerke der Kriminalität oder der Islamisten, von den Regierungen der Maghrebstaaten als gemeinsame Herausforderungen anerkannt. Mangelnde Kooperation auf der regionalen Ebene liegt wesentlich in bilateralen Unstimmigkeiten begründet, bei denen ungeklärte Grenzverläufe seit der Entkolonialisierung eine Rolle spielen, aber auch gegenseitige Beschuldigungen der mangelnden Überwachung transnationaler Islamisten sowie Schlepper- und Schmugglerbanden. Hinzu kommt die Unvereinbarkeit der Positionen gegenüber der Westsahara-Frage zwischen Marokko und Algerien. Die Rolle des Nationalismus, innenpolitische Opportunitätskalküle und die Konkurrenz um regionale Vormachtstellung sind weitere Gründe der mangelnden politischen Kooperation.

### ***Perspektiven durch andere Vorschläge und neue Verhandlungen in der „Sahara-Frage“?***

Die ehemalige spanische Kolonie Westsahara<sup>101</sup> wurde entgegen dem Beschluss der UN über das Recht auf Selbstbestimmung vom marokkanischen Königreich annektiert. Seit dem Einmarsch der marokkanischen Armee und Teilen der Bevölkerung 1975 kämpft die Bewegung der *Polisario Front* für die Unabhängigkeit der Gebiete. 1991 begann dort einer der längsten UN-Friedenseinsätze, der bis heute andauert. Der Konflikt hat weitreichende Folgen auf lokaler und regionaler Ebene. 160.000 Sahraouis leben seit über 20 Jahren in Flüchtlingscamps in der algerischen Wüste und sind vollständig von der Unterstützung durch internationale humanitäre Organisationen, das libysche Staatsoberhaupt Ghadafi und die algerische Regierung abhängig. Auf regionaler Ebene trat Marokko aus Protest gegen die Unterstützung der Polisario durch die algerische Regierung aus der *Organisation für Afrikanische Einheit* (OAU) aus. Auch die mangelnde regionale Kooperation im Rahmen der *Union des Arabischen Maghreb* (UMA, siehe unten) und die schwierigen diplomatischen Beziehungen zwischen Marokko und Algerien sind von der ungeklärten Westsahara-Frage bestimmt. Sowohl in Marokko als auch in Algerien wurde und wird der Konflikt zudem von den Staatschefs zur Ablenkung der Bevölkerung von innenpolitischen Problemen und zur Mobilisierung nationaler Einheit benutzt.<sup>102</sup>

Der Beschluss des UN-Sicherheitsrates von 1981, in der Westsahara ein Referendum über die Unabhängigkeit zu organisieren, wurde bis heute aufgrund von Uneinigkeiten über die Wählerlisten nicht durchgeführt.<sup>103</sup> Mehrere Sonderbeauftragte der UN scheiterten bei den Versuchen, die Konfliktparteien zu substantiellen Fortschritten in den Verhandlungen zu bewegen. Die gewaltsame Niederschlagung von Demonstrationen der Sahraouis in den Gebieten selbst aber auch in mehreren Städten Marokkos ist regelmäßig Gegenstand der Kritik lokaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen. Neuen Elan bekamen die Debatten über den Status der Gebiete im Jahr 2007 durch die ersten direkten Verhandlungen zwischen Vertretern beider Seiten seit 15 Jahren und den Vorschlag des marokkanischen Königs, dem Gebiet eine weitgehende Autonomie innerhalb des marokkanischen Staates zu gewähren. Trotz des Gegenvorschlags der Polisario, dem Königreich in einer autonomen Republik die Wahrung seiner Interessen zu gewährleisten, kann seitdem zumindest von neuen Impulsen in der festgefahrenen Situation gesprochen werden. Die aktuellen Verhandlungen sind von einem anderen Ton geprägt, der zumindest die gegenseitige Anerkennung der Konfliktparteien zur Grundlage hat. Den beteiligten Parteien scheint zunehmend klar zu werden, dass die politischen, sozialen und finanziellen Kosten des Konfliktes auch gegenüber ihren jeweiligen Anhängern zunehmend schwierig zu rechtfertigen sind.<sup>104</sup> Gleichzeitig sind bestimmte Teilgruppen der Konfliktparteien auch im Kontext der neuen Verhandlungen weiter kompromisslos und schränken damit den Handlungsspielraum der eigentlichen Verhandlungsführer ein. So haben studentische Anhänger der Polisario an mehreren Universitäten Marokkos für massive Unruhen gesorgt, auf der anderen Seite konterkarieren religiöse Gruppen wie die PJD-Partei die relative Verhandlungsbereitschaft des Königs, indem sie die „territoriale Integrität“ zu einer der Schlüsselfragen im Wahlkampf machten.

---

<sup>101</sup> Während die offizielle marokkanische Terminologie die „südlichen Provinzen“ [des Königreichs] lautet, ist der von der *Polisario* gebrauchte Name die „Arabische Sahraouische Demokratische Republik (RASD)“. Im Folgenden wird unabhängig von einer politischen Bewertung des Konfliktes der Begriff „Westsahara“ benutzt.

<sup>102</sup> Insbesondere auch, um nach dem Verlust der *raison d'être* der Unabhängigkeitsbewegungen die nationale Einheit und die Legitimität der jeweiligen politischen Führung zu stärken.

<sup>103</sup> Neben dem ungeklärten Status der sahraouischen Flüchtlinge in Algerien, aber auch in Spanien und Frankreich, weigert sich die Polisario vor allem, diejenigen Einwohner der Gebiete zu der Abstimmung zuzulassen, die sich seit der massiven Ansiedlungspolitik der marokkanischen Regierung niedergelassen haben.

<sup>104</sup> Für Marokko sind die finanziellen Kosten durch die Truppenstationierung, Großinvestitionen in die Infrastruktur, bedeutende Subventionen zur Versorgung der Gebiete sowie höhere Gehälter der Staatsangestellten bedingt. Für eine umfassende Analyse der menschlichen, wirtschaftlichen, politischen und regionalpolitischen Kosten der beteiligten Parteien vgl. International Crisis Group 2007 (a).

### ***Die Konkurrenz der Maghrebstaaten um regionale Vorherrschaft behindert regionale Institutionen, problemspezifische bilaterale Abkommen nehmen aber zu***

Neben mehreren Abkommen zwischen multilateralen Institutionen und den Ländern des Maghreb<sup>105</sup> sowie den jeweiligen bilateralen Beziehungen dieser Länder untereinander existieren vor allem zwei Plattformen, die für die regionale Kooperation relevant sind: die Union des Arabischen Maghreb (UMA) sowie das sog. "5+5-Forum". Im Rahmen der 1989 gegründeten UMA wurden in den neunziger Jahren zahlreiche regionale Initiativen zur Kooperation in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur in Gang gesetzt. Wegen Spannungen zwischen Marokko und Algerien, dem Bürgerkrieg in Algerien und den lange anhaltenden internationalen Sanktionen gegen Libyen ist dieser Prozess auf höchster politischer Ebene teilweise blockiert. Seit den Machtwechseln in Marokko und Algerien und im Zusammenhang mit dem verstärkten Kooperationsbedarf in der Region hinsichtlich gemeinsamer Herausforderungen haben sich zumindest die bilateralen Beziehungen deutlich verbessert. Im Rahmen der UMA und darüber hinaus sind trotz der politischen Schwierigkeiten mehrere Regionalprojekte erfolgreich umgesetzt worden.<sup>106</sup> Wenngleich die Effizienz dieses Zusammenschlusses auf der politischen Führungsebene stark begrenzt bleibt, sind auch hier jüngst Veränderungen durch ein wachsendes Interesse Marokkos zu beobachten. Das "5+5-Forum" zeigt hinsichtlich konkreter gemeinsamer Probleme der südlichen und der nördlichen Mittelmeerränderstaaten Erfolge in der Formulierung gemeinsamer Strategien und der Umsetzung entsprechender Maßnahmen (vgl. auch Kapitel 6). Auch in diesem Forum spiegelt sich allerdings ein Problem wieder, welches auch andere „Nord-Süd-Bündnisse“ prägt: Die bilaterale Kooperation zwischen der jeweiligen Institution und den einzelnen Maghrebländern verzeichnet Fortschritte, während die regionale Integration dieser Staaten stark begrenzt bleibt (Algerien und Marokko), bzw. sich in anderen, bilateralen Kreisen abspielt (Libyen und Tunesien). Ein möglicher Grund hierfür ist die fortwährende Konkurrenz der Maghrebstaaten um regionale Vorherrschaft, die sich auch im Bestreben nach privilegierten Beziehungen zu multilateralen Bündnispartnern äußert.<sup>107</sup>

Schließlich bleibt anzumerken, dass es neben den hier zitierten offiziellen Dialog- und Austauschforen eine Vielzahl an Kontakten zwischen den Bevölkerungen der drei Maghrebländer gibt. Neben den selbstverständlichen Kontakten zwischen den Bewohnern der Grenzregionen (und häufig gemeinsamen Schmuggelnetzwerken), sei hier die Mobilität von Studierenden genannt, die insbesondere zwischen Algerien und Tunesien sowie zwischen Tunesien und Marokko den Austausch fördert. Die Bevölkerung steht einer transnationalen Annäherung Umfragen zufolge viel aufgeschlossener gegenüber als die Regierungen und sehen in den Demokratiedefiziten ihrer Länder einen Hauptgrund für die geringe Berücksichtigung dieses Anliegens auf politischer Ebene.<sup>108</sup> Viele der regionalen Probleme sind auch für die Beziehungen der Maghrebländer zu Europa relevant, wie es die Drogenproduktion zeigt. Der jüngste Drogenbericht der Vereinten Nationen bestätigte erneut, dass Nordafrika weltweit das Hauptanbaugebiet von Cannabis ist. Durch die Zusammenarbeit des *United Nations Office on Drugs and Crime* (UNDOC) mit der marokkanischen Regierung konnten sowohl die Anbaufläche als auch die Produktionsmenge von Cannabis in Marokko zwar deutlich gesenkt werden. Dennoch bleibt die Region wesentlicher Zulieferer Europas, wohin 70% der Erträge „exportiert“ werden.<sup>109</sup> Die Einfuhr erfolgt zumeist durch Schmuggler über Spanien, die Netzwerke decken sich häufig mit denen der Schleuserbanden. In Algerien und Tunesien

---

<sup>105</sup> Vgl. z.B. der sog. *Barcelona-Prozess* und die *Euro-Mediterranean Partnerschaft* der EU oder auch der *Mediterranean Dialogue* der NATO.

<sup>106</sup> Abschnitte der „Maghreb-Autobahn“, der Ausbau der Glasfaserkabel für die Telekommunikation, transnationale Stromnetzwerke, der Kampf gegen die Desertifikation, Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. vgl. Martinez 2006.

<sup>107</sup> Vgl. Landau et al. 2006.

<sup>108</sup> Vgl. Martinez 2006.

<sup>109</sup> UNDOC 2007.

nennt der Bericht dagegen keine Produktionsstätten von Cannabis oder anderen Drogen. Auch in der Liste der Konsumenten nehmen die beiden Länder nur hintere Plätze ein.

### ***Der Wirtschaftsaustausch gilt trotz bisher geringer Ergebnisse als vielversprechender Bereich künftiger Kooperation***

Trotz der häufig beklagten fehlenden Kooperation zwischen den Maghrebstaaten wird gerade das Bedürfnis nach verstärktem wirtschaftlichem Austausch immer wieder betont.<sup>110</sup> Wirtschaftliches Wachstum, gefördert durch regionale Kooperation, wird auch als potentieller Beitrag zur Verbesserung der sicherheitspolitischen Situation wahrgenommen.<sup>111</sup> Initiativen des Privatsektors oder die öffentliche Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zeigen immer wieder Erfolge der Kooperation,<sup>112</sup> deren gesamtwirtschaftliche Auswirkungen jedoch gering bleiben (nur 3% der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind regional). Obwohl im Rahmen der Verhandlungen der Maghrebländer vor allem mit der EU und der WTO zahlreiche Anpassungsmaßnahmen in der Wirtschaft implementiert wurden und gerade auch in der Infrastruktur erhebliche Fortschritte zu beobachten sind,<sup>113</sup> bestehen weiter Probleme. Hierbei hindern vor allem komplizierte und von Land zu Land stark unterschiedliche administrative Prozeduren, ungenügende Qualitätskontrolle in der Produktion sowie verschiedene legale Rahmenbedingungen und die geschlossene Grenze zwischen Algerien und Marokko den regionalen Austausch und ausländische Investitionen. Auch die Stärke des informellen Sektors macht die Kooperation hier gleichzeitig schwierig und notwendig.

Ein Ende 2006 veröffentlichter Bericht der Weltbank errechnet, dass die fehlende regionale Wirtschaftsintegration den drei Maghrebstaaten jährlich rund ein Prozent Wachstum kostet. Die Bildung einer eigenen Handelszone dagegen könnte neben dem bisher sehr schwachen regionalen Austausch auch die Position der Region gegenüber der EU verbessern. Stärker als die bisherigen bilateralen Abkommen könnte dies wirtschaftliches Wachstum vor allem durch eine Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen und die Öffnung der Märkte verbessern und bis zum Jahr 2015 eine Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens um 22% bewirken.<sup>114</sup> Die potentiellen Gewinne einer stärkeren regionalen Kooperation bis hin zu einer regelrechten Integration sind angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Herausforderungen für die Einzelstaaten des Maghreb hoch.<sup>115</sup> Angesichts der Wiederaufnahme der Verhandlungen in der Westsahara-Frage, der Verbesserung der algerisch-marokkanischen Beziehungen, der politischen Integration Libyens und nicht zuletzt des gemeinsamen Handlungsbedarfs in den Bereichen Sicherheit, Migration und Umwelt wird die regionale Kooperation im Maghreb in den kommenden Jahren voraussichtlich zunehmen. Hierbei wird auf rein regionaler Ebene die wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter im Vordergrund stehen, während weitere Problemfelder wie die Migration, Umweltprobleme, Kriminalität und Terrorismus eher im Rahmen der bereits etablierten multilateralen Foren behandelt werden. Auch dies fördert jedoch die regionale Integration über die Verbesserung der Kontakte, gemeinsame Austauschforen und die Umsetzung kollektiver Richtlinien und Maßnahmen.

### **Ausblick: Die Verhandlungsbereitschaft in der Sahara-Frage kann auch bei mangelnden konkreten Ergebnissen vor allem die bilaterale Kooperation zwischen Algerien und Marokko erleichtern. Die problemspezifische regionale Zusammenarbeit wird sich in**

---

<sup>110</sup> Vgl. Martinez 2006.

<sup>111</sup> Vgl. Landau et al. 2006.

<sup>112</sup> Vgl. z.B. die erfolgreiche „algerische Handelswoche“ in Marokko im Juni 2006, der jährlich ähnliche Veranstaltungen in anderen Ländern des Maghreb folgen sollen.

<sup>113</sup> Z.B. der Bau des Mittelmeerhafens „Tanger Med“ in Marokko sowie die grenzüberschreitenden Ölpipelines.

<sup>114</sup> Laut Weltbank sind das 7% mehr, als die Summe der Pro-Kopf-Einkommen, mit den bilateralen Abkommen. Vgl. Anós Casero et al. 2006.

<sup>115</sup> Dies sind im Wesentlichen die erhöhte Konkurrenz aus Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien und Auswirkungen der Marktliberalisierung auf die Produktion und den Export.

**Bereichen wie dem Wirtschaftsaustausch, ökologischen Problemen und transnationaler Sicherheit verstärken, wenngleich regionale Institutionen weiter schwach bleiben.**

### **7.1 Trendbox G: Perspektiven regionaler Kooperation**

1. Chancen auf kurz- bis mittelfristig verbesserte regionale Kooperation durch andere Vorschläge und neue Verhandlungen in der „Sahara-Frage“.
2. Die Konkurrenz der Maghrebstaaten um regionale Vorherrschaft behindert regionale Institutionen, problemspezifische bilaterale Abkommen nehmen aber zu.
3. Der Wirtschaftsaustausch gilt trotz bisher geringer Ergebnisse als vielversprechender Bereich künftiger Kooperation.

## 8. Die Trends und ihre gegenseitige Beeinflussung im Überblick

Die Studie der Entwicklungstendenzen im Maghreb zeigt auch für die Zukunft eine spezifische Kombination westlicher und arabischer Einflüsse in der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die durch etablierte Elitenstrukturen und autoritäre Regime entstandene Verteilungsungerechtigkeit wird in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren durch ökologische Degradation, auch in Auswirkung des zu erwartenden Klimawandels in der Region, sowie durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Liberalisierung verschärft. Folgen werden eine noch stärkere Akzentuierung von Landflucht, transnationaler Migration und sozialer Unzufriedenheit sein, die sich gerade in repressiven politischen Systemen in radikaler Opposition äußern können. Unter den sieben hier erläuterten Trends der künftigen Entwicklung im Maghreb werden vor allem drei als Schlüsselfaktoren der sozialen und politischen Stabilität eingeschätzt: die wirtschaftliche Liberalisierung, die Auswirkungen des Klimawandels und das Bevölkerungswachstum.

Alle drei Entwicklungen werden von Beobachtern als gegeben eingeschätzt, Handlungsspielraum besteht hier also weniger in ihrer Abwendung als vielmehr in der aktiven und proaktiven Gestaltung ihrer Auswirkungen. Die Öffnungsbereitschaft der politischen Systeme und die internationale Zusammenarbeit sind dabei zentral für den Verlauf der Folgewirkungen, die sich in einer Zu- oder Abnahme der Migration, einer hohen oder niedrigen Arbeitslosigkeit, einer flächendeckenden oder selektiven Infrastrukturausstattung und der Zunahme oder Abnahme des Einflusses radikaler religiöser Gruppen äußern werden.

Diese drei zentralen Herausforderungen erfordern die Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Visionen, die eine Positionierung der Länder innerhalb dieser Determinanten mittel- und langfristig skizzieren, ein daraus abgeleitetes konsensfähiges Konzept des gesellschaftlichen Zusammenhalts unter diesen Bedingungen sowie konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele. Hierzu gehört neben der nachhaltigen Entwicklung, der verstärkten Teilhabe der Interessensgruppen an politischen Prozessen und verbessertem Rechtsstaat auch die spürbare Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit. Nur über ein integratives Konzept der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, welches konkrete Ergebnisse zur Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung und ihrer Zukunftsperspektiven aufzeigt, können die Regierungen des Maghreb in Zukunft ihre politische Legitimität sichern.

Die unterschiedlichen Trends der Entwicklungen im Maghreb sind jedoch in hohem Maße wechselseitig voneinander abhängig (vgl. Schaubild). Alle drei Hauptfaktoren, die wirtschaftliche Liberalisierung, der Klimawandel und das Bevölkerungswachstum werden vor allem durch ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt die soziale und politische Stabilität der drei Maghrebländer beeinflussen. Der mögliche Konkurs von bis zu zwei Dritteln der kleinen und mittleren Betriebe sowie die durch höhere Konkurrenz und geringere Subventionen teils wettbewerbsunfähige Landwirtschaft werden hiervon am stärksten betroffen sein. Neben der steigenden Arbeitslosigkeit ist vor allem eine Verstärkung der Landflucht und der nationalen und transnationalen Migration zu erwarten. Der daraus resultierende Druck wirkt sich direkt auf die staatlichen Versorgungssysteme aus: die rapide expandierenden Städte und Vorstädte benötigen verbesserte Infrastruktur, um die Menschen mit Trinkwasser, Bildung, Gesundheitssystemen und administrativen Institutionen zu versorgen und den Zuwanderern Einkommensmöglichkeiten zu sichern. Gleichzeitig dürfen auch die ruralen Gebiete nicht vernachlässigt werden, gerade hier ist die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten und Lebensperspektiven nötig, um Landflucht zu mindern. Hierauf müssen auch Anpassungsmaßnahmen an die Auswirkungen des Klimawandels und die zunehmende Wasserknappheit ausgerichtet sein: Neben der ökologischen Nachhaltigkeit ist auch die Erhaltung der ruralen Gebiete als Lebensraum wichtig. Denn die Produktivität der Landwirtschaft wird sich wegen der Auswirkungen der ökonomischen Liberalisierung, der Ressourcenübernutzung und den Folgen des Klimawandels stark reduzieren. Dies hat Folgewirkungen auf die Einkommens- und Nahrungssicherheit auf nationaler, gerade aber auch auf lokaler Ebene. Wichtig wäre hier

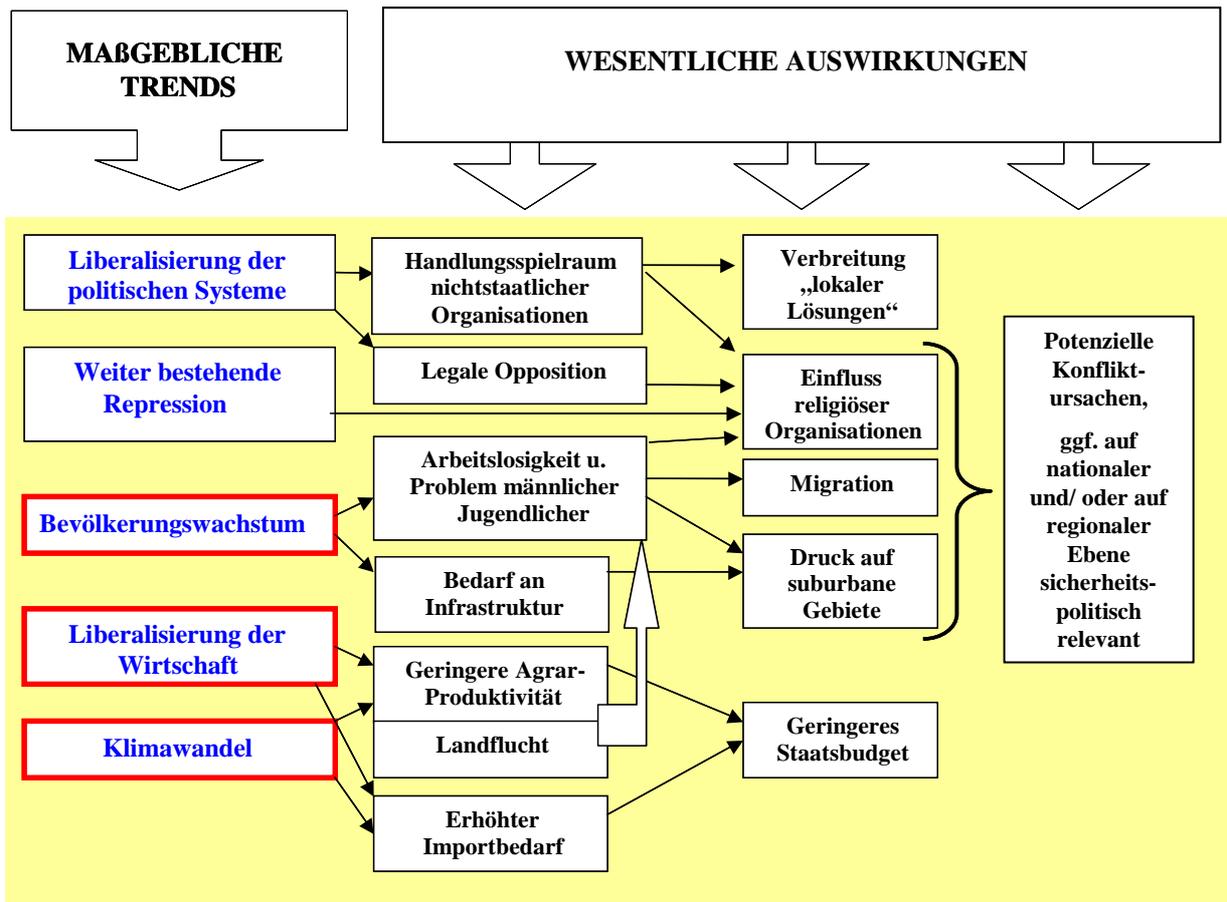
eine stärker pro-aktive Politik der Maghrebländer anstelle der bisherigen eher reaktiven Politik, die die komparativen Vorteile der Standorte nutzt, ökologisch nachhaltige Agrarwirtschaft durch lokalspezifische Maßnahmen fördert und ländliche Regionalentwicklung aktiv unterstützt, um die Landflucht zu vermindern. Gerade diese Problematik der eigentlich notwendigen erheblichen Investitionen sowohl in den ländlichen Raum als auch in die von Bevölkerungsdruck und Konflikten betroffenen Städte stellt die Regierungen der drei Länder mittelfristig vor erhebliche Ressourcen-, Management- und Legitimationsprobleme.

Die rapide expandierenden Vorstädte werden wegen ihrer Unterversorgung mit staatlichen Dienstleistungen, der Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher und zugewanderter ländlicher Bevölkerungsgruppen zum zentralen Kristallisationspunkt der unterschiedlichen Entwicklungen. Gerade hier bekommen religiöse Gruppierungen zunehmenden Einfluss und nutzen das Legitimationsdefizit der Regierenden. Dennoch bedarf es bei allen berechtigten Warnungen vor radikalen islamistischen Gruppen differenzierter Analysen, um eine Dämonisierung religiöser Gruppierungen zu vermeiden. Der in den letzten Jahren in Marokko und Algerien gewachsene Handlungsspielraum nichtstaatlicher Organisationen hat zu einer neuen Belebung der Gesellschaften, zahlreichen effizienten Selbsthilfeprojekten und neuen sozialen Dynamiken gerade auch in den vernachlässigten ländlichen Gebieten geführt. Ein Teil dieser Organisationen ist dem religiösen Spektrum zuzuordnen, ohne dass dies jedoch mit radikalen Forderungen oder Verhalten einherginge. Die bewusste Integration gerade auch dieser Netzwerke in eine kohärente Sozial- und Entwicklungspolitik böte neben der Effizienzsteigerung der staatlichen Maßnahmen die Chance einer expliziten Anerkennung dieser Gruppen und ihrer Stärkung gegenüber radikalen Organisationen.

## Schaubild: Die Interdependenz der Entwicklungen im Maghreb bis zum Jahr 2020

**Rot umrandete Trends** sind für die nahe und mittlere Zukunft unumkehrbar, kurz- und mittelfristig können Anpassungsmaßnahmen die Auswirkungen abschwächen.

**Schwarz umrandete Trends** zeigen auch kurz- und mittelfristig Handlungsspielraum zur Gestaltung, interagieren allerdings auch mit den anderen.



## 9. Fazit

Vor dem Hintergrund der hier erläuterten Trends zeichnen sich drei Entwicklungsfaktoren ab, die die konkrete Entwicklung der Region bestimmen werden:

- 1) Die grundsätzliche Bereitschaft der politischen bzw. militärischen Machthaber zur Öffnung und transparenten Gestaltung der politischen Entscheidungsprozesse auf nationaler und lokaler Ebene.
- 2) Die strategischen Fähigkeiten der Machthaber, den Verlust materieller und symbolischer Vorteile der etablierten Eliten graduell zu gestalten und sie in die Reformbewegung einzubeziehen.
- 3) Die Fähigkeit, die bestehenden und künftig verschärften sozialen Ungleichheiten zu kompensieren und die Bevölkerung damit von der Legitimität der politischen Führung zu überzeugen.

Diese landesspezifisch unterschiedlich gewichteten Entwicklungsfaktoren können von Europa im Rahmen der bi- und multilateralen Zusammenarbeit unterstützt werden, indem die aktuellen Maßnahmen der Sicherheits-, Migrations-, und Wirtschaftspolitik explizit in einen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungszusammenhang gestellt werden. Tendenzen, repressive Maßnahmen im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus zu tolerieren bzw. zu unterstützen und die innenpolitischen Entwicklungen zu ignorieren, solange außenpolitische Maßnahmen wie die Bekämpfung der Migration im Sinne europäischer Staaten geschehen, werden mittel- und langfristig kontraproduktiv sein. Die Gefahr ist hierbei insbesondere eine Delegitimierung der europäischen Politik im Mittelmeerraum, die nicht nur deren Handlungsspielraum einschränken, sondern auch die Hinwendung zu alternativen Gesellschaftsentwürfen wie denen der Islamisten begünstigen kann.

Auf regionaler Ebene zeichnet sich eine verstärkte tri- und multilaterale Kooperationsbereitschaft ab. Jenseits der seit Jahren gängigen Diskurse über mangelnde Zusammenarbeit zeigt sich, dass vor allem problemspezifische Interessensgemeinschaften durchaus Erfolgchancen haben. Auch besteht, wie die solidarischen Aktionen bei den Erdbeben in 2003 in Algerien und Marokko gezeigt haben, sowohl innerhalb der Bevölkerung als auch in bestimmten politischen Kreisen das Bedürfnis einer Annäherung. Die Vorteile einer verstärkten Kooperation sind vor allem in vier Bereichen deutlich: der Wirtschaft, dem Energiesektor, der Sicherheit und der Migration. Dies sind ebenfalls die Bereiche, die für Drittstaaten bzw. -organisationen wie die EU von besonderem Interesse in der Region sind, was den potentiellen Gewinn eines geschlossenen Auftretens der Region noch erhöht.

Nicht zuletzt deuten die relative Öffnungsbereitschaft der Regierungen in Algerien und vor allem Marokko und der zunehmende Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen auf möglicherweise signifikante Veränderungen bis zum Jahr 2020 hin. Diese Entwicklungs- und Partizipationspotentiale können zur Reform der politischen Systeme und ihrer Institutionen beitragen und so für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung fruchtbar sein. Dies hängt allerdings von der Öffnungsbereitschaft der Machthaber und auch der Unterstützung dieser Prozesse durch europäische Staaten ab. Die öffentlichen Debatten in beiden Ländern zeugen von hohem Problembewusstsein bezüglich der Entwicklungsprobleme. Auch in Tunesien wird sich die Frage nach einer Umgestaltung des politischen Systems mit dem bis zum Jahr 2020 wahrscheinlichen Ende der Herrschaft des Präsidenten Ben Ali stellen und Raum für Veränderungen schaffen. Gelingt es den Regierungen der drei Staaten, die kooperationsbereiten gemäßigten religiösen Kräfte zu stärken und sich ihren Forderungen zu öffnen, haben sie gute Chancen, nicht nur ihre eigene Regierungsfähigkeit zu erhalten, sondern auch den radikalen Islamisten durch eine verbesserte Repräsentation der Bevölkerung im politischen System und bessere soziökonomische Rahmenbedingungen die Anhängerschaft zu entziehen.

## Literaturverzeichnis

### Politische Systeme

- Aït Akdim, Youssef: *Maghreb, le coût de la désunion*, in: Tel Quel, Nr. 278, 02.07.2007, [http://www.telquel-online.com/278/monde1\\_278.shtml](http://www.telquel-online.com/278/monde1_278.shtml) (01.07.2007)
- Axtmann, Dirk: *Reform autoritärer Herrschaft in Nordafrika*, Heidelberg 2004
- Bennani-Chraïbi, Mouna: *Soumis et rebelles, les jeunes au Maroc*, Paris 1994
- El Maoula el Iraki, Aziz: *Des notables du Makhzen à l'épreuve de la «gouvernance». Elites locales, gestion urbaine et développement au Maroc*, Rabat 2003
- El Hamraoui, Mohamed: *Élections 2007 au Maroc: Les bonnes et mauvaises surprises*, in: Le Reporter, 14.09.2007, [http://www.lereporter.ma/article.php3?id\\_article=4628](http://www.lereporter.ma/article.php3?id_article=4628) (16.09.2007)
- Entelis, John: *Déni de démocratie: L'Etat et la société civile en Algérie*, in: Ferrié, Jean Noel/Santucchi, Jean Claude: *Dispositifs de démocratisation et dispositifs autoritaires en Afrique du Nord*, Paris 2005
- Fähndrich, Hartmut (Hg): *Vererbte Macht. Monarchien und Dynastien in der arabischen Welt* Frankfurt/New York 2005
- Hibou, Beatrice: *La force de l'obéissance : économie politique de la répression en Tunisie* Paris 2006
- Houdret, Annabelle: *Marokko unter König Mohamed VI: Teile und herrsche zwischen Islamisten und Zivilgesellschaft?*, in: Hippler, Jochen (Hrsg.): *Von Marokko bis Afghanistan – Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten*, S. 29-46, Hamburg 2008
- Human Rights Watch: *Middle East and Northern Africa: Tunisia* , <http://hrw.org/doc?t=mideast&c=tunisi> (09.07.07)
- L.B.: *Législatives 2007: Des ONG contrôleront les élections*, in: La gazette du Maroc, 11.06.2007, [http://www.lagazettedumaroc.com/articles.php?id\\_artl=13678&r=2&sr=106](http://www.lagazettedumaroc.com/articles.php?id_artl=13678&r=2&sr=106) (11.06.2007)
- Lamoum, Olfa: *Tunisie: Quelle transition démocratique?*, in: Ferrié, J./Santucchi, J.: *Dispositifs de démocratisation et dispositifs autoritaires en Afrique du Nord*, Paris 2005
- Layachi, Azzedine: *State, society, democracy in Morocco: the limits of associative life*, Washington D.C. 1998
- Leveau, Rémy: *Esquisse d'un changement politique au Maghreb ?*, in: *Politique Etrangère* II 2000, S. 499-507
- Metaoui, Faycal: *Réconciliation nationale, société civile et „khardjia“*, in: *Le Quotidien d'Oran*, 27.11.2006, [http://www.algeria-watch.org7fr/article/pol/bouteflika2societe\\_civile.html](http://www.algeria-watch.org7fr/article/pol/bouteflika2societe_civile.html) (15.06.2007)
- N.N.: *Manifestations contre la hausse des factures d'eau à Bouarfa*, in: AT-TAJDID, 21.06.2007
- Roque, Maria Angeles: *La société civile au Maroc. L'émergence de nouveaux acteurs de développement*, Paris 2004
- United Nations Development Programme/Arab Fund for Economic and Social Development/the Arab Gulf Programme for United Nations Development Organizations: *Arab Human Development Report 2005. Towards the Rise of Women in the Arab World, Summary for Policy Makers*, New York 2006
- Werenfels, Isabelle (a): *Managing Instability in Algeria: Elites and the Balancing of Instability*, London 2007
- Werenfels, Isabelle (b): *Ente l'intégration et la répression: les stratégies des Etats face à l'islamisme au Maghreb*, in: *Maghreb-Machrek*, Nr. 191, 2007

## Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Infrastruktur

- Bundesagentur für Außenwirtschaft: *Wirtschaftsdaten kompakt: Algerien, Marokko, Tunesien*, <http://www.bfai.de/DE/Navigation/Metanavigation/Suche/sucheUebergreifendGT.html> (26.06.07)
- Central Intelligence Agency: *World Factbook 2007 - Algeria, Morocco, Tunisia* <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook> (25.06.07)
- Centre International des Hautes Études Agronomiques Méditerranéennes: *Observatoire Méditerranéen - profil pays - Algérie, Maroc, Tunisie* <http://www.medobs.org/panorama> (22.06.07)
- Chourou, Bechir: *Promoting Human Security: Ethical, Normative and Educational Frameworks in the Arab States*, in: UNESCO: International Conference on Human Security in the Arab States, Amman 2005, <http://unesdoc.unesco.org/images/0014/001405/140513e.pdf> (12.09.2005)
- Food and Agriculture Organisation of the United Nations: *Statistics division - Food security statistics*, [http://www.fao.org/faostat/foodsecurity/index\\_en.htm](http://www.fao.org/faostat/foodsecurity/index_en.htm) (02.07.07)
- United Nations: *Millennium Development Goals - Report 2007*, <http://millenniumindicators.un.org/unsd/mdg/Default.aspx> (02.07.07)
- International Labour Organization: *Yearly Data - Algeria, Morocco, Tunisia*, <http://laborsta.ilo.org> (26.06.07)
- International Literacy Institute: *Thematic study for the World Education Forum, Dakar 2000*, <http://literacyonline.org/products/ili/pdf/OP0001.pdf> (03.07.07)
- International Crisis Group: *Algeria's Economy: The Vicious Circle of Oil and Violence* in: Africa Report Nr. 36, 26.10.2001
- L'Association Maroc 2020: *Maroc 2020*, Casablanca, <http://www.maroc2020.ma/> (22.06.2007)
- United Nations Development Programme/Human Development Report 2006: *Data - Algeria, Morocco, Tunisia*, <http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/countries> (26.06.07)
- United Nations Development Programme/Programme on Governance in the Arab Region: *Stats/Indicators - Algeria, Morocco, Tunisia*, <http://www.undp-pogar.org/stats> (22.06.07)
- World Bank Group: *Poverty Monitoring Database - Algeria, Morocco, Tunisia* <http://wbln0018.worldbank.org/dg/povertys.nsf/DownloadSID?openform> (04.07.07)
- World Health Organisation/United Nations International Children's Emergency Fund: *Joint Monitoring Programme: Millennium Development Goals midterm assessment report '06*, [http://www.who.int/water\\_sanitation\\_health/monitoring/jmp2006/en](http://www.who.int/water_sanitation_health/monitoring/jmp2006/en) (28.06.07)

## Wirtschaft

- Bessaoud, Omar/Jouve, Anne Marie: *Les transformations du monde rural méditerranéen dans le contexte de la mondialisation*, in : Actes du colloque international en hommage à Paul Pascon, Rabat 08. – 10.12.2005, Institut Agronomique et Vétérinaire Hassan II
- Bourcier, Nicolas: *Algerien made in China*, in: Der Überblick, IV 2006, <http://www.derueberblick.de/archiv/200504/200504.006/index.html> (06.07.07)
- Boushaba, Amine: *Les perspectives 2007 – 2015 du HCP*, in: L'Économiste, le premier quotidien économique du Maroc, 25.06.07
- Bundesagentur für Außenwirtschaft: *Länder und Märkte – Marokko: deutliche Belebung der Investitionen in Marokko*, <http://www.bfai.de/fdb-SE,MKT20060307100316,Google.html> (06.07.07)
- Club de Paris: *Algérie*, <http://www.clubdeparis.org/sections/pays/algerie> (07.07.07)
- Englert, Walter: *Tourismus in Nordafrika*, in: Informationen zur politischen Bildung: *Afrika I - Von der Kornkammer zum Industrieraum*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, [http://www.bpb.de/themen/O1J886,6,0,Von\\_der\\_Kornkammer\\_zum\\_Industrieraum.html](http://www.bpb.de/themen/O1J886,6,0,Von_der_Kornkammer_zum_Industrieraum.html) (06.07.07)
- Europäische Union: *Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument, Algerien, Strategypaper 2007 – 2013*, Brussels 2006
- Europäische Union: *Das Meda – Projekt, Tätigkeitsbereiche der europäischen Union* <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r15006.htm> (07.07.07)
- Europäische Investitionsbank: *Jahresbericht 2006, Teil 3, Statistiken*, <http://www.eib.org/publications/annual-report-2006.htm> (06.07.07)

- Haddad, Said: *Algérie, une économie entre rente et immobilisme*, in: Mohsen-Finan, K.: *L'Algérie: une sortie improbable de la crise?*, Paris 2002
- International Crisis Group: *Algeria's Economy: The Vicious Circle of Oil and Violence* in: Africa Report Nr. 36, 26.10.2001, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=1404&l=2> (15.05.2007)
- Maier, Andrea: *Die euromediterrane Partnerschaft, ein aussichtsreiches Konzept zur Stabilisierung der Krisenregion Maghreb?*, in: Weltpolitik.net, 23.03.2004, <http://www.weltpolitik.net/Regionen/Afrika/Teilregion%20Nordafrika/Grundlagen/Fortsetzung2%3A%20Die%20euro-mediterrane%20Partnerschaft%20-%20ein%20aussichtsreiches%20Konzept%20zur%20Stabilisierung%20der%20Krisenregion%20Maghreb%3F.htm> (06.07.07)
- Martin, Ivan: *The social impact of euro-mediterranean free trade areas: a first approach with special reference to the case of Morocco*, in: Mediterranean Policy 9(3)/2004: 422-458
- Mattes, Dr. Hannspeter: *Stabilitätsanalyse Algerien*, Menavision 2010 – Projekt, Hamburg 2002, <http://www.menavision2010.org/dokumente/tp2-studie-fuenf.pdf> (06.07.07)
- Rößler Hans-Christian.: *Umworbener Energielieferant*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.06.07, [http://fazarchiv.faz.net/webcgi?WID=33553-0860617-11701\\_1](http://fazarchiv.faz.net/webcgi?WID=33553-0860617-11701_1) (07.07.07)
- Theres, Dr. Jürgen: *Bericht zu Projektländern Tunesien, Algerien, Marokko Januar 2007*, Hanns Seidel Stiftung, Institut für internationale Begegnung und Zusammenarbeit, München 2007
- Transparency International: *Corruption Perception Index 2006*, [http://www.transparency.de/uploads/media/06-11-03\\_CPI\\_2006\\_press\\_pack\\_deutsch.pdf](http://www.transparency.de/uploads/media/06-11-03_CPI_2006_press_pack_deutsch.pdf) (29.06.07)

### **Klimawandel und Landwirtschaft**

- Agoumi, Ali: *Vulnérabilité des pays du Maghreb face aux changements climatiques: Besoin réel et urgent d'une stratégie d'adaptation et de moyens pour sa mise en œuvre*, International Institute for Sustainable Development and the Climate Change Knowledge Network, Winnipeg 2003, [http://cckn.net/pdf/north\\_africa\\_fr.pdf](http://cckn.net/pdf/north_africa_fr.pdf) (23.06.2007)
- Bals, Christoph/Harmeling, Sven/Windfuhr, Michael: *Klimawandel und Ernährungssicherheit: Trends und zentrale Herausforderungen*, Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe, Germanwatch <http://www.germanwatch.org/klima/klimern07.htm> (23.06.2007)
- El-Houari, Dilmi: *Les émeutes de l'eau de retour à Tiaret. Des blessés et une dizaine d'arrestations*, in: Le Quotidien d'Oran, 9 juillet 2007, [http://www.algeria-watch.org/fr/article/pol/revolte/tiaret\\_emeutes\\_eau.htm](http://www.algeria-watch.org/fr/article/pol/revolte/tiaret_emeutes_eau.htm) (10.07.2007)
- Food and Agriculture Organization of the United Nations: *Food import bills reach a record high partly on soaring demand for biofuels*, in: Food Outlook Global Market Analysis Nr. 1 <http://www.fao.org/docrep/010/ah864e/ah864e00.htm> (23.06.2007)
- GTZ (Hg.): *Klimawandel und Sicherheit. Herausforderungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit*. Eschborn 2008
- Hervieu, Bertrand: *Agriculture, pêche, alimentation et développement rural durable dans la région méditerranéenne*, Agri. Med Rapport 2006, Centre International de Hautes Études Agronomiques Méditerranéennes, Montpellier 2006
- Fröhlich, Christiane/Houdret, Annabelle : *Wasser im Mittleren Osten und Nordafrika – Rationiert, kontrolliert, politisiert*, in : Hippler, Jochen (Hrsg.): *Von Marokko bis Afghanistan – Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten*, S. 213- 226, Hamburg 2008
- Houfaïda, Hicham: *Quand protestation rime avec radicalisation*, in: Le Journal hebdomadaire, Nr. 307, 16 – 22.06.2007, <http://www.lejournal-hebdo.com/sommaire/maroc/quand-protestation-rime-avec-radicalisation.html> (23.06.2007)
- Jouve, Anne Marie/Belghazi, Saad/Kheffache, Youssef: *La filière des céréales dans les pays du Maghreb: constante des enjeux, évolution des politiques*, in: Options Méditerranéennes Série B/Nr. 14 S. 169-192, Montpellier 1995
- Ministère de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme, de l'Habitat et de l'Environnement: *Communication Nationale Initiale à la Convention Cadre des Nations Unies sur les changements climatiques*, Rabat 2001, <http://unfccc.int/resource/docs/natc/mornc1f.pdf> (23.06.2007)
- Ministère de l'Aménagement du Territoire et de l'Environnement (MATE): *Communication Initiale de la Tunisie à la Convention Cadre des Nations Unies sur les changements climatiques*, Alger 2001, <http://unfccc.int/resource/docs/natc/tunnc1f.pdf> (23.06.2007)

- *Ministère de l'aménagement du territoire et de l'environnement, Direction Générale de l'Environnement (Algérie): Elaboration de la stratégie et du plan d'action national des changements climatiques*, Communication nationale initiale dans le cadre de la Convention, Cadre des Nations Unies sur les Changements Climatiques, Alger 2001
- Mokhliss, Brahim: *Une marche qui se transforme en sit-in*, in: Le Reporter, 05.04.2007, [http://www.lereporter.ma/article.php3?id\\_article=3535](http://www.lereporter.ma/article.php3?id_article=3535) (02.06.2007)
- Nkomo, J.C./Nyong, A.O./Kulindwa, K.: *The impacts of climate change in Africa*, in: Stern, Nicolas: *The Stern Review on the Economics of Climate Change*, Cambridge 2007 [http://hm-treasury.gov.uk/media/8AD/9E/Chapter\\_5\\_The\\_Impacts\\_of\\_Climate\\_Change\\_in\\_Africa-5.pdf](http://hm-treasury.gov.uk/media/8AD/9E/Chapter_5_The_Impacts_of_Climate_Change_in_Africa-5.pdf) (12.04.2007)
- Pfeiffer, Tom: *Climate Change Threatens North Africa Food Supply*, in: Reuters News Service, 27.06.2007, <http://www.planetark.com/dailynewsstory.cfm/newsid/42814/story.htm> (05.07.2007)
- Programme des Nations Unies pour l'Environnement, Plan d'Action pour la Méditerranée Centre d'Activités Régionales du Plan Bleu: *Méditerranée: les perspectives du Plan Bleu sur l'environnement et le développement*, Sophia Antipolis 2006
- Regional Coordination of the United Nations Development Programme/Global Environment Facility: *Vulnerability of the Maghreb Region to Climate Change and Needs for Adaptation (Algeria, Morocco, Tunisia)*, <http://www.ccmaghreb.com/main/papierv&ABill.pdf> (23.06.2007)
- Rousset Nathalie/Arrus René: *L'agriculture du Maghreb au défi du changement climatique: Quelles stratégies d'adaptation face à la raréfaction des ressources hydriques?* Communication à WATMED III, troisième conférence internationale sur les ressources en Eau dans le Bassin Méditerranéen, Tripoli, 01 - 03.11.2006, <http://upmf-grenoble.fr/iepe/textes/NR-RA-Tripoli2006.pdf> (23.06.2007)
- Zainabi, Mohamed: *Révolte à Ben Smim (Province d'Ifran)- la source du problème*, in: Le Reporter, 23.09.2007, o.S.

### Religion und Islamisten

- Asseburg, Muriel (Hg): *Moderate Islamisten als Reformakteure. Rahmenbedingungen und programmatischer Wandel*, Stiftung Wissenschaft Politik, Berlin 2007
- Graton, Jonathan: *The Maghreb: facing the War on Terror's Next Front*, in: Maghreb Roundtable, Center for Strategic and International Studies, Washington DC 2006
- Guidière, Mathieu: *Algeriens salafistische Gruppe für Predigt und Kampf kooperiert mit Al-Qaida* in: Le Monde Diplomatique, 10.11.2006, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2006/11/10.mondeText.artikel,a0033.idx,6> (13.06.2007)
- International Crisis Group (a): *Islamism in North Africa IV: The Islamist Challenge in Mauritania: Threat or Scapegoat?*, in: Middle East/North Africa Report Nr. 41, 11.05.2005
- Keenan, Jeremy: *Waging war on terror: Implications of America's 'New Imperialism' for Saharan peoples*, in: Journal of North African Studies, Nr. 10/Bd. 3-4, S. 619 – S. 647, London 2005
- Marret, Jean-Luc: *Evolutions récentes du GSPC – Al Qaida au Maghreb Islamique: un redéploiement historique*, Notes de la Fondation pour la Recherche Stratégique Washington DC 2007, [http://www.frstrategie.org/barreFRS/publications\\_colloques/index.php?page1=12](http://www.frstrategie.org/barreFRS/publications_colloques/index.php?page1=12) (01.06.2007)
- N.N.: *D'anciens activistes algériens condamnent les attentats d'Alger*, in: Le Monde, 17.04.2007, S. 5
- Steinberg, Guido /Werenfels, Isabelle: *Al Qaida im Maghreb. Trittbrettfahrer oder neue Bedrohung?*, Stiftung Wissenschaft Politik aktuell, 11.02.2007

### Migration

- Bendiek, Annegret: *Versagt die Europäische Union in der Flüchtlingspolitik? Überlegungen zu einem kohärenten Politikansatz*, Stiftung Wissenschaft Politik, Berlin 2005

- Benmansour, Saâd: *Marocains : 28 milliards de DH dans des comptes à l'étranger*, in: La vie éco, 04.01.2008.
- Boukhari, Sophie: *La longue traque des migrants clandestins au Maroc*, in: Le Monde Diplomatique, V 2007, <http://www.monde-diplomatique.fr/2007/05/BOUKHARI/14710> (23.06.2007)
- European Commission: *Technical Mission to Morocco visits to Ceuta and Melilla on illegal immigration, 07. - 11.10.2005, Mission Report*, Brussels 18.10.2005
- Fargues, Phillippe (Ed.): *Migrations méditerranéennes, rapport 2006 – 2007*, Robert Schumann Centre for Advanced Studies, Florence 2006  
<http://www.carim.org/publications/AR%202006-2007%20CARIM.pdf> (23.06.2007)
- Frontex: *HERA Statistics*, Warsaw 2007, <http://www.frontex.europa.eu/gfx/frontex/files/hera-statistics.pdf> (26.05.2007)
- Haddad, Said: *Les migrations africaines, enjeu géopolitique libyen*, in: Maghreb-Machrek, Nr. 185, S. 81 – 94, 2005
- Haas, Hein de : *North African migration systems: evolution, transformations and development linkages*, International Migration Institute Oxford, Working Paper n°6/2007, <http://www.imi.ox.ac.uk/pdfs/WP6%20North%20African%20Migration%20System%20s.pdf>, (23.06.2007)
- Izdine, Mouna: *Signe particulier: noir et clandestin. Des demandeurs d'asile réclament leurs droits au HCR*, in: Maroc Hebdo International, Nr. 749, 15. – 21.06.2007, (23.06.2007)
- Lahlou, Medi: *Le Maghreb – les migrations des Africains du Sud du Sahara*, Communication au colloque "Entre mondialisation et protection des droits - Dynamiques migratoires marocaines: histoire, économie, politique et culture", Casablanca 2003, [http://www.generiques.org/migrations\\_marocaines/interventions/Lahlou\\_article.pdf](http://www.generiques.org/migrations_marocaines/interventions/Lahlou_article.pdf) (23.06.2007)
- Médecins sans Frontières Espagne: *Violence et immigration. Rapport sur l'immigration d'origine subsaharienne (ISS) en situation irrégulière au Maroc*, Rabat 2005  
<http://www.msf.fr/documents/base/2005-09-29-MSFE.pdf> (23.06.2007)
- Perrin, Delphine: *Le Maghreb sous influence: le nouveau cadre juridique des migrations transsahariennes*, in: Maghreb-Machrek, Nr. 185, S. 59 - 80, 2005
- Radwan, Samir/Reiffert, Jean-Louis (Ed.): *Rapport 2006 du FEMISE sur le partenariat euro-méditerranéen. Analyses et propositions du Forum Euro-méditerranéen des Instituts Economiques*, Marseille 2006, <http://www.femise.org/Pub-indic/an-06.html> (23.06.2007)
- Saïb, Mohammed Musette (Ed.) (a): *Rapport sur les migrations et le développement au Maghreb Central*, Organisation Internationale du Travail, Tunis 2005
- Saïb, Mohammed Musette (Ed.) (b): *Rapport sur les législations relatives à la migration internationale au Maghreb Central*, Organisation Internationale du Travail, Alger 2005
- Saïb, Mohammed Musette (Ed.) (c): *Les systèmes d'information statistiques sur les travailleurs migrants au Maghreb Central*, Organisation Internationale du Travail, Alger 2005
- United for Intercultural Action: *List of 8855 documented refugee deaths through Fortress Europe*, Amsterdam 2007, [http://www.unitedagainstracism.org/pdfs/actual\\_listofdeath.pdf](http://www.unitedagainstracism.org/pdfs/actual_listofdeath.pdf) (24.06.2007)

### Regionale Kooperation

- Amnesty International: *Middle East North Africa Report 2007*, <http://thereport.amnesty.org/eng/Regions/Middle-East-and-North-Africa> (01.06.2007)
- Anós Casero, Paloma/Seshan, Ganesh Kumar (Ed.): *Is there a new vision for Maghreb economic development?* in: Report 2006, Volume I, Nr. 38359, Social and Economic Development Group, Middle East and North Africa, World Bank, 2006, <http://go.worldbank.org/70J3G4U9L0> (01.07.2007)
- Desrues, Thierry /Moyano, Eduardo: *Social Change and Political Transition in Morocco*, in: Mediterranean Politics Nr. 6/1, S. 21-47, Essex 2001
- United Nations Office on Drugs and Crime: *World Drug Report 2007*, [http://www.unodc.org/pdf/research/wdr07/WDR\\_Readership\\_survey.pdf](http://www.unodc.org/pdf/research/wdr07/WDR_Readership_survey.pdf), 14.07.2007.

- Landau, Emily/Ammor, Fouad: *Dialogue et coopération sur la sécurité régionale dans le Sud: Examen de la face cachée de Barcelone*, Euromesco, Research Report Nr. 48, Lisboa 2006  
<http://www.euromesco.net/images/s%E9curit%E9%20r%E9gionale%20fr.pdf> (26.05.2007)
- Martinez, Luis (Ed.): *L'Algérie, l'Union du Maghreb Arabe et l'intégration régionale* EUROMESCO, Research Report, Nr. 59, Lisboa 2006,  
[http://www.euromesco.net/euromesco/images/59\\_algeria.pdf](http://www.euromesco.net/euromesco/images/59_algeria.pdf) (09.07.07)
- Nieth, Jürgen: *Fragwürdiger Frieden: Die UN und die Westsahara*, in: Wissenschaft & Frieden IV 2005
- Reporters Sans Frontières: *Rapport Annuel 2007 Moyen Orient*,  
[http://www.rsf.org/rubrique.php3?id\\_rubrique=652](http://www.rsf.org/rubrique.php3?id_rubrique=652) (21.06.2007)
- Slyomovic, Susan: *A Truth Commission for Morocco*, in: Middle East Report 218, Washington DC 2001

## Abkürzungsverzeichnis

<b>AQIM</b>	Al Qaida im islamischen Mahgreb
<b>ATI</b>	Agence Tunisienne d'Internet
<b>BFAI</b>	Bundesagentur für Außenwirtschaft
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>CIHEAM</b>	Centre International des Hautes Études Agronomiques Méditerranée
<b>CO</b>	Kohlenwasserstoff
<b>EIB</b>	Europäische Investitionsbank
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>FAO</b>	Food and Agriculture Organization of the United Nations
<b>FEMISE</b>	Forum Euro – Méditerranéen des Instituts économiques
<b>FFS</b>	Front des Forces Socialistes (Algerien)
<b>FIS</b>	Front islamique du Salut
<b>FLN</b>	Front de Libération Nationale (Algerien)
<b>GIA</b>	Groupe Islamique Armé
<b>GSPC</b>	Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat
<b>ha</b>	Hektar
<b>HCP</b>	Haut Commissariat du Plan
<b>HCR</b>	High Commissioner for Refugees (UN)
<b>ICG</b>	International Crisis Group
<b>ILO</b>	Internationale Arbeitsorganisation
<b>KMU</b>	Klein- und Mittelständische Unternehmen
<b>MEDA</b>	Mediterranean European Development Association
<b>MSP</b>	Mouvement de la société pour la paix (Algerien)
<b>MRN</b>	Mouvement de la Réforme Nationale (Algerien)
<b>NGO</b>	Nichtregierungsorganisation
<b>OUA</b>	Organisation Afrikanischer Einheit
<b>PJD</b>	Parti de la Justice et du Développement (Marokko)
<b>RASD</b>	République Arabe Sahraoui démocratique
<b>UMA</b>	Union du Maghreb Arabe
<b>UN</b>	United Nations
<b>UNDP</b>	United Nations Development Programme
<b>UNHCR</b>	United Nations High Commissioner for Refugees
<b>UNICEF</b>	United Nations International Children's Emergency Fund
<b>UNESCO</b>	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
<b>UNDOC</b>	United Nations Office on Drugs and Crime
<b>USTMA</b>	L'Union syndicale des travailleurs du Maghreb Arabe
<b>WHO</b>	Weltgesundheitsorganisation
<b>WTO</b>	Welthandelsorganisation